

# Arbeit & Wirtschaft



## Wen kümmert's?

*Die prekäre Situation in der Kranken- und Altenpflege spitzt sich zu. Es fehlen Geld und Personal, Wertschätzung und vor allem – die Perspektive.*

**Sozialstaat statt Mäzenatentum / 14**

Politikwissenschaftler  
Emmerich Tálos im Interview

**Das Gamechanger-Gesetz / 26**

Ein Lieferkettengesetz würde Konzerne  
für ihre Sünden büßen lassen

# #1



**MICHAEL MAZOHL** CHEFREDAKTEUR  
**ANJA MELZER** CHEFIN VOM DIENST  
**THOMAS JARMER** ART DIRECTOR & LAYOUT  
**MARKUS ZAHRADNIK** FOTOS  
**MIRIAM MONE** ILLUSTRATIONEN  
**WOLFGANG DORNINGER** LEKTORAT  
**SONJA ADLER** SEKRETARIAT

**Mitarbeiter\*innen dieser Ausgabe**

Sonja Adler, Christoph Badelt, Wolfgang Dorninger, Roman Hebenstreit, Thomas Jarmer, Markus Marterbauer, Michael Mazohl, Anja Melzer, Robert Misik, Miriam Mone, Brigitte Pellar, Sebastian Panny, Werner Reisinger, Andrea E. Schmidt, Christian Domke Seidel, Leo Stempf, Christina Weichselbaumer, Markus Zahradnik, Max Zirngast

**Redaktion Arbeit&Wirtschaft**

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien  
 Tel.: (01) 534 44-39263, Fax: (01) 534 44-100222  
 redaktion@arbeit-wirtschaft.at

**Redaktionskomitee**

www.arbeit-wirtschaft.at/impressum

**Herausgeber**

Bundesarbeitskammer  
 1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22 und  
 Österreichischer Gewerkschaftsbund  
 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1

**Medieninhaber**

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes  
 GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1  
 Tel.: (01) 662 32 96-0, Fax: (01) 662 32 96-39793  
 zeitschriften@oegbverlag.at  
 www.oegbverlag.at

**Hersteller**

Walstead Leykam Druck GmbH & CO KG  
 7201 Neudorf, Bickfordstr. 21

**Verlagsort** Wien

**Herstellungsort** Neudorf

**Abonnementverwaltung und Adressänderung**

Johannes Bagga, Tugce Öztürk  
 Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien  
 Tel.: (01) 662 32 96-0, aboservice@oegbverlag.at  
 Einzelnummer: € 2,50 (inkl. MwSt.)  
 Jahresabonnement Inland € 20,- (inkl. MwSt.)  
 Ausland zuzüglich € 12,- Porto  
 für Lehrlinge, StudentInnen und PensionistInnen  
 ermäßigtes Jahresabonnement € 10,- (inkl. MwSt.)

**Offenlegung gemäß Mediengesetz, §25**

www.arbeit-wirtschaft.at/offenlegung  
 ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655  
 ISSN (Print) 0003-7656, ISSN (Online) 1605-6493,  
 ISSN (Blog) 2519-5492

Die in der Zeitschrift „Arbeit&Wirtschaft“ wiedergegebenen Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung von Redaktion und Herausgeber. Jeder/jede AutorIn trägt die Verantwortung für seinen/ihren Beitrag. Es ist nicht die Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung aller MitarbeiterInnen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren geistigen Auseinandersetzung. Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt eingesandte Manuskripte. Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe.

## Ausgewählte Mitwirkende dieser Ausgabe



**MAX ZIRNGAST**

JOURNALIST & AKTIVIST

Max wurde 2018 in der Türkei unter dem Vorwurf „Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation“ verhaftet, doch nach drei Monaten im Gefängnis freigesprochen. Inzwischen schreibt er aus Graz für diverse Medien auf Türkisch, Englisch und Deutsch – nun auch für uns.



**ROBERT MISIK**

AUTOR

Robert kann nicht nur die komplexesten Themen verständlich und spannend erzählen, sondern arbeitet dabei auch bewundernswert schnell. Daneben haut er ein Buch nach dem anderen heraus. In diesen Tagen erscheint sein neuestes: „Die neue (Ab)Normalität“.

## Hinter den Kulissen



Wie sieht das eigentlich aus, wenn unsere Illustratorin **Miriam Mone** ein Cover entwirft oder – wie hier – eine Welt rund um einen Haufen Statistiken erschafft? – So. Was am Ende dabei herauskam, sehen Sie auf S. 24

## *Der Stoff, aus dem die Träume sind*



**ANJA MELZER**  
**MICHAEL MAZOHL**  
REDAKTION

Als wir uns im März 2020 von einem Tag auf den anderen im Homeoffice wiedergefunden haben, dachten wir, es wird eh nur für ein paar Wochen sein. Als wir im Herbst – immer noch im Homeoffice – erfuhren, dass es bald Impfstoffe geben wird, dachten wir: 2021 kommt der große Wendepunkt. Leider: Dieser Traum ist geplatzt. Es werden wohl nicht Wochen, sondern Monate sein, bis die Impfung alle erreicht – sofern sich überhaupt genügend Leute impfen lassen. Oder es treten weitere neue Virus-Mutanten auf, die alles erst recht auf den Kopf stellen.

In unserem Land haben wir noch Glück im Unglück. Wir haben einen Sozialstaat, der das Allerschlimmste verhindert. Es war die Hochphase der Sozialpartnerschaft, die ihn in den Jahrzehnten nach 1945 wiederaufgebaut hat. Aber seit den Achtziger-Jahren kommt er immer mehr unter Druck, wobei – immerhin – einige harte Einschnitte verhindert werden konnten: Stellen wir uns nur vor, vor welcher Katastrophe viele Menschen jetzt stehen würden, hätten Schüssel und Haider nach 2000 tatsächlich die Notstandshilfe abgeschafft. Oder Türkis-Blau vor Ibiza. Stellen wir uns vor, wir wären den deutschen Weg gegangen, mit Hartz IV und einem riesigen Niedriglohnssektor. Unser Land wäre jetzt ein anderes, ein dunkleres.

### **Willkommen in der Realität**

Aber das Leid ist in der aktuellen Situation trotzdem groß. Es sind so viele Menschen an COVID gestorben, und es werden noch etliche sterben. Viele Erkrankte kämpfen mit schweren Langzeitfolgen. Und dann auch noch die soziale Krise, Einkommensverluste, Perspektivenlosigkeit der Beschäftigten einiger Branchen. Kinder, die in der Schule zurückfallen und ihre Freund\*innen und Verwandten nicht mehr umarmen können.

Es muss etwas passieren – und zwar jetzt. Fangen wir doch dort an, worauf die Krise die größten Schlaglichter geworfen hat: auf die hart getroffenen Tourismusregionen. Auf die Ungleichbehandlungen von Arbeiter\*innen. Auf die vielen Langzeitarbeitslosen und die junge Generation. Und vor allem: Auf den Gesundheits- und Pflegebereich, den wir bis 2030 um Zehntausende Beschäftigte ausbauen müssen, sonst droht der Notstand. Nicht klatschen, sondern anpacken. ►

# Inhalt

## LETZTE ABFAHRT WOHLSTAND

**06** Die Corona-Krise hat Schwachstellen unseres Systems offengelegt und uns knallhart gezeigt: So kann es nicht weitergehen. Was kann man aus der Chance eines Neustarts machen? Die Coverstory öffnet Augen und richtet den Blick nach vorne.

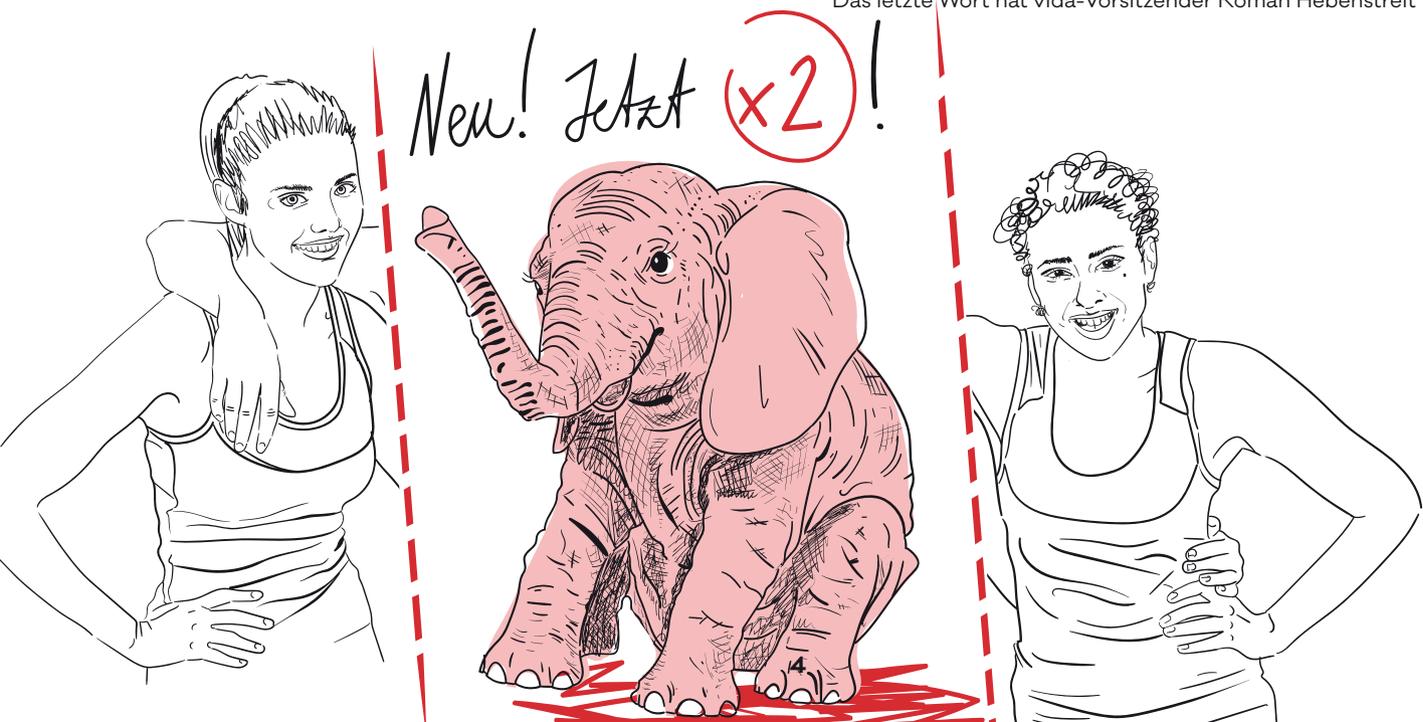
## EIN JOB ALS JACKPOT

**20** Es ist der vermutlich größte Sesseltanz in Österreichs Geschichte: Auf 50.000 offene Stellen kommt eine Masse von 533.000 Arbeitsuchenden. Das kann sich doch nicht ausgehen. Woher sollen diese 450.000 dringend nötigen Jobs kommen?

## PFLEGEFALL PFLEGESYSTEM

**34** Was wurde letzten Sommer nicht medienöffentlich für systemrelevante Berufe von Balkonen geklatscht – geändert hat sich für die Beschäftigten in Pflegeberufen dennoch nichts. Bleibt es dabei, wird's düster: Dann droht der Pflegenotstand.

<b>Was braucht es für einen Aufschwung?</b>	11
Die „große Frage“ beantwortet von Christoph Badelt	
<b>Automatisch stabil</b>	12
Wie der Sozialstaat vor Wirtschaftsdesastern schützt	
<b>Geht's dem Sozialstaat gut, geht's allen gut</b>	14
Politikwissenschaftler Emmerich Tálos im Interview	
<b>Wirtschaftsmotor Sozialstaat</b>	18
Über einen der größten Arbeitgeber des Landes	
<b>Luft nach oben</b>	24
Die Ausmaße der Corona-Arbeitslosigkeit auf einen Blick	
<b>Verantwortung inklusive?</b>	26
Was ein Lieferkettengesetz für uns alle ändern würde	
<b>Kommt Zeit, kommt Zahhtag!</b>	30
Wie sich Digitalkonzerne der Besteuerung entziehen	
<b>Was bewegt Beschäftigte in der Pflege?</b>	33
Was fünf Betriebsrät*innen wahrnehmen und fordern	
<b>Immer nur funktionieren müssen</b>	38
Eine Altenpflegerin erzählt aus ihrem Berufsalltag	
<b>Endlich wieder ein Leben haben</b>	40
vida-Generalsekretärin Anna Daimler im Interview	
<b>Win-win-win in der Krise</b>	43
Ein Beitrag zur Pflege auf dem A&W-Blog	
<b>Die Sichtbaren und der stumme Staat</b>	44
Über die harten Verhandlungen des KV-Schutzes	
<b>Der Ausweg aus der Krise braucht Perspektiven</b>	46
Das letzte Wort hat vida-Vorsitzender Roman Hebenstreit	



# Arbeit&Wirtschaft



*Das gedruckte Magazin gibt es seit 1923.  
Unser YouTube-Format „Märchenwald“  
dagegen ist ganz neu.  
Jetzt abonnieren!*

[www.youtube.com/ArbeitWirtschaft](http://www.youtube.com/ArbeitWirtschaft)

[f](#) [t](#) [@](#) [v](#) /AundWMagazin

[www.arbeit-wirtschaft.at/podcast](http://www.arbeit-wirtschaft.at/podcast)

# Letzte Abfahrt Wohlstand

*Die Corona-Krise setzte dem Kapitalismus ein Stoppschild vor die Nase. Sie legt Schwachstellen eines Systems offen, das die Menschen und den Planeten an die Grenzen der Belastbarkeit bringt. Ein Neustart ist die Chance, das zu ändern.*



**TEXT** CHRISTIAN DOMKE SEIDEL

Sie sind überall. Die Zeichen für den Wandel der Wirtschaft. Hin zu mehr Nachhaltigkeit. Das Unternehmen Rügenwalder Mühle – ein Wurstproduzent aus Deutschland – verkaufte im Jahr 2020 mehr vegetarische Fleischalternativen als klassische Wurst. Insgesamt zwölf Wochen produzierte Österreich im Jahr 2020 genug Strom ausschließlich aus regenerativen Quellen, um den gesamten Energiebedarf zu decken. Der Markt für gebrauchte Kleidung geht global durch die Decke und setzte im Jahr

2019 satte 23 Milliarden Euro um. Im Jahr 2024 sollen es schon 53 Milliarden Euro sein.

Dass Industrie und Wirtschaft Veränderungen ins Haus stehen, ist keine Überraschung. Der Wandel ist eine Reaktion auf globale Krisen unterschiedlichster Art, wie Maja Göpel, Politökonomin und Nachhaltigkeitswissenschaftlerin, in ihrem Buch „Unsere Welt neu denken“ nachvollziehbar schildert: „Die weltweiten Krisen in Umwelt und Gesellschaft sind kein Zufall. Sie offenbaren, wie wir mit uns und dem Planeten umgehen, auf dem wir leben.“

Das Ausmaß der Krisen und der notwendige Wandel sind seit einem halben Jahrhundert klar. Die Erkenntnis kam mit einem Knall. 1972 veröffentlichten Donella und Dennis Meadows und ihr Forscher\*innenteam vom Massachusetts Institute of Techno-



logy (MIT) das Ergebnis einer Computersimulation. Die Arbeit trug den Titel „Die Grenzen des Wachstums“. Das Team hatte den Rechner mit Daten zu fünf Größen gefüttert: Bevölkerungswachstum, Nahrungsmittel- und Industrieproduktion, Abbau nicht erneuerbarer Ressourcen und Umweltverschmutzung. Dazu kamen diverse Wechselwirkungen.

### **In hundert Jahren ist Schluss**

Man ahnt, wie es endet. Die Kurven zeigen allesamt nach oben, bis eine davon irgendwann rasant abfällt und die anderen vier mit sich reißt. Das ist der Kipppunkt, an dem die Zivilisation zusammenbricht. Der Rechner gab der Menschheit bei gleichbleibender Entwicklung noch hundert Jahre. Das Forscher\*innenteam experimentierte daraufhin mit den Parametern, um zu sehen, was geändert werden müsste, um den Kollaps zu vermeiden. Sie veränderten die Parameter jeder Kurve, sie fehlten an mehreren gleichzeitig, aber die Simulation endete immer im Zusammenbruch des Systems. Lediglich eine Begrenzung aller fünf Entwicklungen garantierte ein Happy End.

### **Oder doch noch eine Chance?**

Damit ist aber auch klar, dass eine der gröſsten Wirtschaftskrisen aller Zeiten auch eine Chance sein kann. Eine Chance dafür, Arbeitsplätze zu schaffen, die Gesellschaft gerechter zu machen und die Umwelt zu retten. Genau dafür steht der European Green Deal. Dabei handelt es sich um „eines der gröſsten Vorhaben der EU für die nächsten Jahre“, erklärt Monika Vana, Europa-Abgeordnete der Grünen, im Gespräch mit „Arbeit & Wirtschaft“. „Durch den Übergang zu einer ressourcenschonenden, modernen und wettbewerbsfähigen Wirtschaft soll neues Wirtschaftswachstum geschaffen werden.“ Die wichtigsten Aspekte der Gesellschaft und Industrie sind im European Green Deal enthalten.

„Die EU hat bereits diverse Strategien auf den Weg gebracht: eine für neue Industrien, eine für den Bausektor und Renovierungen, eine für die Mobilität. Für die Landwirtschaft wurde eine Vom-Hof-auf-den-Tisch-Strategie entwickelt – zur Verringerung des Pestizideinsatzes. Es gibt etliche beschlossene konkrete Pläne“, erklärt Vana. Im Jahr 2050 soll Europa keine Netto-Treibhausgase mehr freisetzen. Das ist das groſſe Ziel, dem diese Ideen zuarbeiten. Dabei sollen „weder Menschen noch Regionen im Stich gelassen werden“, heißt es bei der Zusammenfassung des Green Deals.

Die Coronavirus-Pandemie beeinflusst diese Pläne nicht. Im Gegenteil. „Ursula von der Leyen hat gesagt: ‚Gegen die Klimakrise wird es keine Impfung geben.‘ Ich glaube, das fasst die Haltung ganz gut zusammen. Beim Thema Nachhaltigkeit sehen die Menschen Politik, Industrie und Wirtschaft in der Pflicht. Der Klima-



schutz und das Wissen um dessen Notwendigkeit sind in der Mitte der Gesellschaft angekommen“, bekräftigt Vana trotz aller aktueller Widrigkeiten die EU-Pläne.

### Brandbeschleuniger

Diese Konsequenz ist nötig, denn es geht – neben dem Klimawandel – um viele Arbeitsplätze. „Der Fachverband der Fahrzeugindustrie sprach im Jahr 2019 von 370.000 Arbeitsplätzen, die im weiteren Umfeld mit der Fahrzeugindustrie in Verbindung zu bringen sind“, erklärt Susanne Hofbauer, Chefredakteurin des Fachmagazins „Autorevue“. Auch sie macht deutlich, dass die Krise weiter zurückreicht als bis zum Ausbruch der Pandemie. „Ein Rückgang der Verkäufe war schon vor Corona spürbar. Wegen der Flottenverbrauchsregularien hat es schon sehr geknirscht im Getriebe.“ COVID-19 habe die Wunden lediglich offengelegt: „Die Pandemie ist ein Brandbeschleuniger. Man hat keine Reserven mehr, die man strecken könnte.“

Denn die Kunden brechen weg: „Im Großen und Ganzen wird die Wichtigkeit des Autos, so wie wir es jetzt kennen, abnehmen“, so Hofbauer, „weil Generationen nachwachsen, in deren Lebensentwurf das Auto keine oder eine geringere Rolle spielen wird. Und dabei geht es nicht um Verzicht.“ Stattdessen würden Car-sharing-Angebote, öffentlicher Verkehr, Fahrräder aller Art, der öffentliche Personennahverkehr und die Verzahnung dieser Angebote an Bedeutung gewinnen.

Keine guten Nachrichten also für Österreichs Arbeitnehmer\*innen in diesem Bereich? – Jein. „Es ist ja nicht neu, dass es diesen Umbruch und diese Verschiebung geben wird: hin zu Elektromobilität. Und dass mit der Elektromobilität vollkommen andere Komponenten und andere Strukturen gefragt sind“, erklärt Hofbauer. Und ebendiese Veränderungen seien bereits im Gange.

### Pflege braucht Leute

Der zweite Sektor, der vor enormen Umwälzungen steht, ist die Pflege. „Wir haben 127.000 Pflege- und Betreuungspersonen in Österreich, davon sind rund 67.000 im Krankenhaus beschäftigt und 60.000 im Langzeitpflegebereich“, gießt Andrea E. Schmidt, Senior Health Expert bei der Gesundheit Österreich GmbH, den Bereich in Zahlen. Doch weil die Gesellschaft immer älter wird, steht der Sektor vor einer Mammutaufgabe: „Es entsteht zusätzlicher Bedarf. Zum einen gehen viele Arbeitskräfte in Pension. Der sogenannte Ersatzbedarf allein sind rund 42.000 Personen bis zum Jahr 2030. Aufgrund des demografischen Wandels kommen noch einmal 34.000 Personen dazu. Insgesamt braucht Österreich also 76.000 neue Personen bis zum Jahr 2030.“

Anders als die Automobilbranche hat der Pflegesektor jedoch enorme Probleme, überhaupt Arbeitskräfte zu finden. „Prinzipiell geht es darum, neue, attraktivere, besser entlohnte und qualitativ hochwertigere Arbeitsplätze für den Sektor Langzeitpflege zu schaffen. Im privaten Bereich, also bei den pflegenden Angehörigen, geht es zudem darum, Frauen von Pflegetätigkeiten zu entlasten“, erläutert Schmidt.

Der Pflegeberuf sei grundsätzlich sehr belastend. Etwa die Hälfte der Arbeiter\*innen empfinde die Belastung als zu hoch. Rund 80 Prozent würden über Stress klagen. Dazu kommt eine erhebliche Ungleichheit, die als eine der zentralen Herausforderungen des Pflegesektors gesehen werden kann. Aufgrund der niedrigen Bezahlung seien Angestellte in diesem Sektor – und das sind zu drei



Viertel Frauen – ökonomisch schlechtergestellt. Ein Aspekt, der bei pflegenden Angehörigen noch verstärkt ist. Hier erledigen ebenfalls Frauen einen Großteil der (meist unbezahlten) Arbeit. „Das ist oft mit gesellschaftlich normativen Erwartungshaltungen verknüpft und basiert nicht unbedingt auf Freiwilligkeit“, führt Schmidt das Problem aus. Und auch bei der zu pflegenden Person selbst treten enorme Ungleichheiten auf. Personen mit niedrigerer Bildung werden früher pflegebedürftig. Sie haben weniger „Lebensjahre in Gesundheit“.

### „Geld pflegt nicht“

Doch Schmidt hat einen Lösungsansatz für die Probleme in der Pflege: Ressourcenorientierung. Dabei geht es darum, den Blickwinkel zu ändern und die Leistungen und Finanzen von der zu pflegenden Person aus zu denken und nicht mehr von den zur Verfügung stehenden Mitteln aus. „Wir müssen dorthin, dass wir bestehende Voraussetzungen besser nutzen“, fasst Schmidt die Idee zusammen. Dafür müssen die Mittel effizienter verteilt werden. Die Frage dürfe nicht sein, wie viel Geld eine zu pflegende Person bekomme, sondern wie viel Hilfe. „Geld allein pflegt nicht“, zitiert Schmidt Kurt Schalkner von der Arbeiterkammer Wien.

„Laut Rechnungshof ist es so, dass rund 3,4 Milliarden Euro für Pflegeheime ausgegeben werden, 0,7 Milliarden für mobile Dienste, 0,6 Milliarden für die 24-Stunden-Betreuung. Zudem beträgt der Wert der informellen Pflege, also der Pflege durch Angehörige, laut den Berechnungen 3,1 Milliarden“, rechnet Schmidt vor. Das Problem sei, dass die 24-Stunden-Betreuung und pflegende Angehörige enorm ineffizient seien. „Hier kann man sich überlegen, wie sich diese Verhältnisse in Zukunft verschieben sollen, was aber letztendlich eine politische Entscheidung ist.“

Rein wirtschaftlich betrachtet, könnte dies ein enormer Zugewinn für Österreich werden. Personen, die Angehörige pflegen, könnten auf dem Arbeitsmarkt passenderen und besseren Jobs nachgehen, von den gesundheitlichen Vorteilen der Angehörigen ganz abgesehen. „Es ist aus zahlreichen Studien bekannt, dass es zu körperlichen und psychischen Belastungen führt, wenn man inten-

sive Pflege für Angehörige leistet. Da ist es ganz wichtig, dass man die Infrastruktur in der Langzeitpflege vorantreibt, um Angehörige zu entlasten“, sorgt sich Schmidt.

Auch eine Verzahnung von Gesundheits- und Pflegediensten könnte helfen. „Vermeidbare Krankenhausaufenthalte könnten beispielsweise minimiert werden, wenn die ärztliche Betreuung in Pflegeheimen stärker wäre“, führt Schmidt ihre Idee aus.

### Milliardentopf für den Übergang

Die Umstellung ganzer Industriezweige – egal ob Pflege, Mobilität, Energie- oder Landwirtschaft – wird nicht friktionsfrei über die Bühne gehen. Hier sei die Politik gefragt, um eine soziale Abfederung zu schaffen, weiß Monika Vana. Die Europa-Abgeordnete der Grünen erklärt: „Das hat die EU auch mitgedacht mit einem eigenen Fonds, dem „Just Transition Fund“. 17,5 Milliarden Euro sollen den Übergang für Arbeitnehmer\*innen erleichtern.“ So solle eine aktive Arbeitsmarktpolitik umgesetzt werden, die Menschen beispielsweise mit Umschulungen aus der Arbeitslosigkeit hilft.

Eine Forderung, die in Österreich vor allem Markus Marterbauer, Chefökonom der Arbeiterkammer, schon seit Längerem vehement erhebt. Der Ausbau der aktiven Arbeitsmarktpolitik sei ein zentrales Element, um die Coronavirus-Krise zu überwinden. Dazu gehören auch Investitionen in Ausbildung und Bildung.

### Eine Milliarde bedeutet 10.000 Jobs

Wie es der Green Deal vorsieht, fordert auch Marterbauer einen klimaneutralen Umbau der Wirtschaft. Es gelte die Faustregel, dass eine Investition von rund einer Milliarde Euro etwa 10.000 Jobs schaffen könne, in der Pflege sogar 40.000 neue Arbeitsstellen. Für massive Investitionen hätte es selten einen besseren Zeitpunkt gegeben als jetzt, da Staatsanleihen negativ verzinst seien.

Um das Geld jedoch richtig einsetzen zu können, sei eine Rückkehr zu einem „faktenbasierten Vorgehen“ nötig. Entscheidungen über die Verwendung von Finanzmitteln seien mittlerweile zu stark von Lobbyverbänden und zu wenig von der Wissenschaft beeinflusst. So habe beispielsweise der aktuelle „Waldfonds“ – ein Gesetz, das Waldeigentümer\*innen 350 Millionen Euro Entschädigung zukommen lässt – eine Evaluierung durch Expert\*innen nicht überlebt.

Einig sind sich alle Expert\*innen darin, dass eine nachhaltige Neuausrichtung der Wirtschaft den österreichischen Unterneh-

*Der Zeitpunkt der natürlichen Überforderung lässt sich jährlich berechnen und nennt sich „Overshoot Day“.*

men enorme Chancen bietet. Marterbauer verweist dabei auf die gut ausgebildeten Fachkräfte, die sehr gut auf neue Technologien reagieren könnten. Als Beispiel führt Susanne Hofbauer das Entwicklungsunternehmen AVL List an: „Fünfzig Prozent ihrer Entwicklungsarbeit macht mittlerweile die Elektromobilität aus.“

Und auch Vana sieht vor allem die Chancen, die eine Umstellung bietet: „Ich bin überzeugt, dass Klimaschutz und Dekarbonisierung zum Jobmotor werden können. Der European Green Deal kann die Europäische Union im günstigsten Fall zur Marktführerin in energieeffizienten, ressourcenschonenden industriellen Prozessen und bei Spitzentechnologien machen.“

Die Aufgabenbereiche sind vielfältig: „Auch die Renovierung von Gebäuden sowie Forschung und Entwicklung sind große Bereiche. Und natürlich Mobilität und Verkehr. Das europäische Schienennetz und der Eisenbahnverkehr bieten ein riesiges Job-Potenzial.“ Bereiche, in denen auch Ökonom Marterbauer Investitionen fordert. Auch seiner Meinung nach schlummert in der Bauwirtschaft der Zukunft ein enormes Potenzial. Dazu komme die generelle Entwicklung in Österreich in den vergangenen Jahrzehnten. So habe die Zahl der Arbeitsplätze in der Industrie seit zwanzig Jahren nicht abgenommen. Würden keine Dieselmotoren mehr nachgefragt werden, würden stattdessen eben Elektroprüfstände oder Schienen produziert.

Die Studie von Donella und Dennis Meadows aus den Siebziger verdeutlicht vor allem, dass „Expansion und Extraktion ein natürliches Ende finden, wenn der Natur mit ihrem Ökosystem die Fähigkeit genommen wird, sich verlässlich zu regenerieren“, wie es Buchautorin Maja Göpel zusammenfasst. Der Zeitpunkt der natürlichen Überforderung lässt sich jährlich berechnen und nennt sich „Overshoot Day“. Dabei geht es darum, an welchem Tag wir alle Ressourcen aufgebraucht haben, die der Planet innerhalb eines Jahres regenerieren kann. Im Jahr 2019 war das der 29. Juli.

Für die Beschreibung der Transformation und der Änderung der Denkmuster braucht Göpel sieben Sätze:

- Vom Produkt zum Prozess.
- Vom Förderband zum Kreislauf.
- Vom Einzelteil zum System.
- Vom Extrahieren zum Regenerieren.
- Vom Wettkampf zur Zusammenarbeit.
- Von Unwucht zur Balance.
- Vom Geld zum Wert. ▀

## DREI FRAGEN ZUR ZUKUNFT DER AUTOMOBIL- INDUSTRIE



**Susanne Hofbauer**  
Chefredakteurin  
des Magazins „Autorevue“

### Welche Relevanz hat die Autoindustrie in Österreich?

Eine beachtliche. Der Fachverband der Fahrzeugindustrie sprach im Jahr 2019 von 370.000 Arbeitsplätzen, die im weiteren Umfeld mit der Fahrzeugindustrie in Verbindung zu bringen sind. Dazu haben wir hier einige Unternehmen, die internationales Ansehen genießen, wie zum Beispiel die Porsche Holding als Importeur und weltweit agierendes Handelshaus oder die voestalpine als stahlverarbeitende Industrie mit starkem Fokus auf Elektromobilität.

### Wie schätzen Sie die Innovationskraft der Industrie hierzulande ein?

Die österreichische Industrie ist nicht stehen geblieben. Ganz im Gegenteil. Die voestalpine hat sich als Zulieferer von Komponenten für Elektromotoren und E-Mobilitäts-spezifischen Leichtbau einen guten Ruf erarbeitet. Und auch die AVL List in Graz ist ein gutes Beispiel: Fünfzig Prozent ihrer Entwicklungsarbeit macht mittlerweile die Elektromobilität aus.

### Abseits der Fahrzeuge – welche Veränderungen stehen uns bevor, an die wir vielleicht heute noch gar nicht denken?

Ich könnte mir vorstellen, dass wegen der durch die Pandemie bedingten wirtschaftlichen Anspannung der Gebrauchtwagenmarkt an Bedeutung gewinnen wird. Schlicht und einfach, weil man dort leistbare Mobilität findet. Auch Wirtschaftsbereiche wie Reparatur und Erhalt könnten einen Aufschwung erleben, weil es für viele vielleicht nicht leistbar sein wird, einen Neuwagen zu kaufen. Dastellt sich dann gar nicht die Frage, ob Elektroauto oder nicht, weil es mehr darum gehen wird, überhaupt mobil zu sein.

# *Was genau braucht es für einen Aufschwung?*

Grundvoraussetzung zur Bewältigung der aktuellen Wirtschaftskrise ist eine Überwindung der COVID-19-Pandemie. Nur wenn wir das Infektionsgeschehen so weit in den Griff bekommen, dass die staatlich verordnete Blockade der Wirtschaft aufgehoben werden kann, wird es wieder bergauf gehen.

Zweitens braucht es einen Grundoptimismus, der Investitionen befördert und dazu führt, dass die Menschen ihre Sparpolster wieder auflösen und konsumieren. Die Probleme am Arbeitsmarkt

werden sich aber auch dann nicht von selbst lösen. Daher braucht es drittens eine aktive Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik. Qualifizierung, Weiterbildung und Umschulung sind nach wie vor die besten Mittel gegen Langzeitarbeitslosigkeit.

In der jüngsten WIFO-Prognose sind wir davon ausgegangen, dass die Wirtschaftsleistung in Österreich im dritten Quartal 2022 wieder das Niveau von 2019 erreichen wird. Durch die Verlängerung des Lockdowns könnte sich auch der erwartete Aufschwung nach hinten verschieben.



**CHRISTOPH BADELT**

LEITER DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTS FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG (WIFO)

# Automatisch stabil

***Der Sozialstaat ist nicht zu teuer, im Gegenteil:  
Er schützt die Wirtschaft vor einem Desaster. Deshalb nennt  
man ihn auch einen „automatischen Stabilisator“.***



TEXT ROBERT MISIK

**H**eribert Prantl, der Großkommentator der „Süddeutschen Zeitung“, formulierte es einmal ganz existenziell: Das Leben fange ungerecht an und es höre ungerecht auf. Und dazwischen ist es nicht viel besser. Aber der Sozialstaat ist wenigstens ein Mechanismus, das Schicksal ein wenig zu korrigieren.

Das haben wir am Sozialstaat: Er schützt vor krasser Not, lindert die ärgsten Ungerechtigkeiten, und wenn wir den Begriff „Sozialstaat“ in einem umfassenden Sinn verstehen (also nicht nur Arbeitslosen-, Kranken- und Pensionsversicherung und Ähnliches im Blick haben, sondern alle staatlichen Investitionen in Bildung, Infrastruktur, in Kultur, in Kindergärten, in Forschung, in Medizin), dann sorgt er für Aufstiegschancen, für die Entwicklung von Talenten, für Innovation.

Er hilft nicht nur einigen wenigen: denen, die es besonders schwer haben oder die arge Schicksalsschläge hinnehmen müssen – er hilft allen, so wie die allmählich, langsam steigende Flut, die alle Boote hebt. Und nicht nur die Luxusjachten.

Kurzum: Er nützt allen. Er nützt vor allem auch der Wirtschaft. Wenn manchmal Kapitalvertreter\*innen sorgenvoll in Kameronas blicken und fragen: „Können wir uns den Sozialstaat noch leisten?“, dann ist das pure Ideologie. Denn wir können uns ihn nicht leisten. Ohne Sozialstaat wären wir alle, als Gesellschaft insgesamt, ärmer – und wir wären schutzlos gegen Krisen.

„Wir haben alle automatischen Stabilisatoren wirken lassen“, beschreibt etwa Olaf Scholz, der deutsche Finanzminister, Vizekanzler und SPD-Kanzlerkandidat die Philosophie seines Hauses in diesen Corona-Krisentagen.

„Automatische Stabilisatoren“, das ist ein nüchterner, expertokratischer Fachbegriff aus der Wirtschaftswissenschaft – und er beschreibt ganz gut, wie sozialstaatliche Institutionen wirken. Was aber ist damit gemeint? Wenn die Wirtschaft in eine Krise gerät (sei das wegen einer Konjunkturabschwächung, sei das wegen einer nicht-ökonomischen Katastrophe wie jetzt eben in einer Pandemie), dann würde das sofort zu einer Abwärtsspirale führen. Konsument\*innen würden weniger einkaufen, Geschäfte müssten zusperren, Firmen würden dann weniger investieren, die Maschinenbauer weniger Ausrüstungsgüter verkaufen – und die Beschäftigten würden entlassen. Wenn die Beschäftigten entlassen sind, haben sie kein Einkommen mehr und würden folglich noch weniger konsumieren – die Krise würde immer ärger. Wenn viele Menschen arbeitslos wären und nicht einmal mehr wüssten, wie sie ihre Familien ernähren sollen, würden zudem die Einkommen von jenen sinken, die noch Arbeit haben.

Auf eine solche Krise können Regierungen auf zwei unterschiedliche Weisen reagieren: Sie können etwa selbst Investitionen planen, etwa den Beschluss fassen, eine

Brücke zu bauen, die Baufirmen Aufträge beschafft und Jobs für Bauarbeiter sichert. Diese Beschlüsse müssten von der Regierung „aktiv“ gefasst, die Planungen dafür langwierig angeschoben werden.

Anders ist das mit jenen Stabilisierungsmaßnahmen, die „automatisch“ wirken. Werden mehr Leute arbeitslos, beziehen mehr Leute „automatisch“ mehr Arbeitslosengeld.

„Automatische Stabilisatoren“ heißen diese Hilfen des Sozialstaates, weil sie einfach wirken, ohne dass irgendjemand einen Beschluss fassen muss. Das hat natürlich einige Vorteile: Erstens wirken sie vom ersten Tag an, sie haben keine Verzögerung. Zweitens sorgen sie dafür, dass der Absturz nicht in ein tiefes Loch führt und immer ärger wird; und drittens bügeln sie regionale Ungleichheiten aus – gibt es in einem Bundesland mehr Erwerbsarbeitslose, fließt auch mehr Arbeitslosengeld dorthin, ohne dass es beispielsweise komplizierte Verhandlungen zwischen Landeshauptleuten bräuchte. „Das Arbeitslosengeld ermöglicht es den Erwerbsarbeitslosen, weiterhin zu konsumieren“, lernten Generationen von Wirtschaftsstudierenden aus dem legendären Lehrbuch der Wirtschaftswundertage von Rüdiger Dornbusch und Stanley Fischer. Eine Weltwirtschaftskrise wie in den dreißiger Jahren könne daher nicht mehr geschehen, erklärten die Starökonom. „Stabilisatoren ... schützen die Volkswirtschaft.“

Damit steigen, wie etwa nach der Finanzkrise, automatisch die Defizite. Aber das waren, wie Stephanie Kelton, die Wortführerin der „Modern Monetary Theory“ schreibt, „Defizite, die die Welt retteten“.

Diese automatischen Stabilisatoren wirken aber nicht nur in der schweren Krise, sie wirken praktisch immer. Dass die krassen Ausschläge der Konjunkturzyklen, wie sie in den frühen Jahren des Kapitalismus gang und gäbe waren, heute eher moderater ausfallen, hat eben auch mit den automatischen Stabilisatoren zu tun, zu denen neben der Sozialpolitik ja auch die

Finanzgebarung der Staaten und etwa die progressive Einkommensteuer zählen. Früher schossen im Boom die Konsum- und Investitionsausgaben in die Höhe, im Abschwung fielen sie schnell in den Keller. Das Steuer- und Sozialsystem führt heute aber dazu, dass die Ausschläge einfach sanfter ausfallen – sowohl in die eine als auch in die andere Richtung.

Diese „automatischen Stabilisatoren“ haben freilich den Effekt, dass in der Krise die Haushaltsdefizite der Staaten automatisch ansteigen. Die Steuereinnahmen sinken automatisch, die Einnahmen der Sozialversicherung auch, die Ausgaben steigen hingegen an. Konservative Ökonom\*innen und Lobbygruppen nützen daher jede Krise für ihre Angriffe auf den Sozialstaat – die Defizite würden „explodieren“, Regierungen würden ihre Haushalte „nicht in den Griff bekommen“, ist dann das übliche Argument.

### Absurditäten

Genau mit dieser krausen Idee wurde nach der Finanzkrise die harte Spar- und Austeritätspolitik in der Europäischen Union durchgesetzt. Man erinnere sich nur an die obskure Theorie, die der ultradoktrinaire italienische Ökonom Alberto Alesina aufstellte und der der damalige deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble (und mit ihm die gesamte Eurozone) folgte: die Voraussage einer „Expansionary Fiscal Contraction“. Allein der Begriff („Schrumpfwachstum“) ist so absurd, dass eigentlich alle hätten laut loslachen müssen. Wenn Staaten ihre Ausgaben einschränken, würde das nicht zu einer Rezession führen, sondern zu einem Boom, war die These. Wie kam man zu dieser absurden Annahme? Wenn Staaten solide wirtschaften würden, dann würden die Unternehmen Vertrauen fassen, sie würden investieren und damit würde das Wachstum steigen.

„Confidence fairy“, das „Vertrauens-Märchen“, hat das Nobelpreisträger Paul Krugman damals genannt. ▀



# Geht's dem Sozialstaat gut, geht's allen gut

*Weder Mäzenatentum noch die unsichtbare Hand des Marktes, an die Neoliberale glauben, schaffen, was unser Sozialstaat garantiert: ein System, von dem alle profitieren. Das müssen wir erhalten und ausbauen, befindet Politikwissenschaftler Emmerich Tálos.*

INTERVIEW MICHAEL MAZOHL



**EMMERICH TÁLOS**

PROFESSOR FÜR POLITIKWISSENSCHAFT (IM RUHESTAND)

Emmerich Tálos war seit 1983 Professor für Politikwissenschaft am Institut für Politikwissenschaft bzw. Staatswissenschaft der Universität Wien und ist seit Oktober 2009 offiziell im Ruhestand.

Sein aktuelles Buch

„Sozialstaat Österreich (1945–2020): Entwicklung – Maßnahmen – internationale Verortung“ erschien im Oktober 2020 im StudienVerlag.

Mit einem breiten Lächeln hinter der FFP2-Maske begrüßt uns Emmerich Tálos am Rooseveltplatz, in der Nähe der Wiener Ringstraße. Er führt uns über die gewundenen Altbauetagen in das Institut für Staatswissenschaft. Hier studierten ganze Politiker\*innengenerationen von Gitti Ederer über Peter Pilz, Othmar Karas, Michael Ludwig – „das war ein sehr guter Student“ – bis zu Christian Kern.

Seit über zehn Jahren ist Tálos nun im Ruhestand – oder vielmehr im Unruhestand. Knapp ein Dutzend Bücher hat er seither geschrieben, und ein Thema lässt ihn gar nicht los: der Sozialstaat, der gerade jetzt in der Krise zeigt, was er kann. Im Herbst vergangenen Jahres ist sein neues, mit Herbert Obinger (Professor in Bremen) verfasstes Buch dazu erschienen.

**Herr Professor, bevor wir in die Tiefen und mittlerweile Untiefen des Sozialstaats eintauchen: Wie definieren Sie den Begriff „Sozialstaat“ möglichst knapp?**

Der Sozialstaat ist ein spezifischer Gestaltungs- und Aktivitätsbereich des Staates.

**Punkt?**

Umgesetzt wird dieser Gestaltungsbereich im Komplex der Sozialpolitik mit Sozialversicherung, Sozialhilfe, Arbeitsrecht, Familien- und Arbeitsmarktpolitik. Der Begriff Sozialstaat wird international zum Teil auch synonym verwendet mit dem Begriff „Wohlfahrtsstaat“, der aus der angloamerikanischen Tradition stammt. In Österreich hat der Sozialstaat eine große Bedeutung erlangt: Das Ausmaß der Teilhabechancen in der Gesellschaft hängt ganz wesentlich von ihm ab. Das wäre weder allein über karitative Tätigkeiten möglich, noch über den Markt, was Neoliberale gerne behaupten.

**In meiner Wahrnehmung wird der Sozialstaat oft als etwas diskutiert, das nur für Bedürftige wirkt – dabei profitiert doch die gesamte Gesellschaft von ihm, auch Reiche und Privilegierte wie ein René Benko oder Dietrich Mateschitz.**

Das trifft zu. Der österreichische Sozialstaat war nie ein Sozialstaat nur für Bedürftige, ganz im Gegenteil. Der Sozialstaat, im ausgehenden 19. Jahrhundert konstituiert, hat sich in erster Linie auf Gruppen von un-



*„Der österreichische Sozialstaat war  
nie ein Sozialstaat nur für  
Bedürftige, ganz im Gegenteil.“*

Emmerich Tálos

## „Für Neoliberale gilt der Markt als Problemlöser und der Sozialstaat als Problemverursacher.“

selbstständig Erwerbstätigen bezogen und wurde dann in sachlicher und personeller Hinsicht immer mehr ausgeweitet. Es gab aber auch Maßnahmen für sozial bedürftige Menschen. Bereits in den 1860er-Jahren wurde so etwas wie eine Armenfürsorge eingerichtet. Historisch betrachtet wurde also die Armenfürsorge als „erstes Netz“ eingeführt, realiter wurde die Sozialversicherung zum ersten Netz, die 1888 bzw. 1889 in Form der Krankenversicherung und der Unfallversicherung etabliert worden ist.

**In der Entwicklung des Sozialstaats sehen wir, dass dieser von 1945 bis in die Achtziger-Jahre auf- und ausgebaut wurde. Aber seitdem wird er eher ab- und rückgebaut. Was ist da passiert?**

Seit Mitte der Achtziger-Jahre hat sich die Situation des Sozialstaats verändert. Aber wenn wir die Entwicklung insgesamt betrachten, seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert, können wir sehen: Die Entwicklung des Sozialstaats war nie nur linear. Es hat Phasen des Ausbaus gegeben, Phasen, in denen die Entwicklung stagniert hat – beispielsweise vor dem Ersten Weltkrieg –, und es hat Phasen gegeben, in denen es regelrecht zu Brüchen kam. Insbesondere in der Zeit der Faschismen, also des Autrofaschismus und des Nationalsozialismus, kam es zu weitreichenden Einschnitten in das bestehende System der sozialen Sicherung und des Arbeitsrechts. Für die Entwicklung von 1945 bis Mitte der 1980er sprechen wir deshalb vom Siegeszug des Sozialstaats, weil in der Zeit eine enorme Ausweitung in

sachlicher und personeller Hinsicht stattgefunden hat. Ein Beispiel: 1888/89 waren in die damals eingeführte Krankenversicherung circa sieben Prozent der Bevölkerung integriert. Nach 1945 waren das bis zu 99 Prozent. In allen Bereichen – Pension, Arbeitslosenversicherung, Kranken- und Unfallversicherung, Familienleistungen – sind die Leistungssysteme ausgeweitet worden.

**Welche Rolle hat dabei die Sozialpartnerschaft gespielt?**

Die Sozialpartnerschaft war dabei ein ganz wichtiger Gestaltungsfaktor. Sie hatte wesentliche Auswirkungen auf den Ausbau der Sozialpolitik und des Arbeitsrechts. Von den 1960er-Jahren bis 1999 ist im Wesentlichen jedes arbeitsrechtliche Gesetz in seiner inhaltlichen Substanz durch die Zusammenarbeit der großen Interessenverbände bestimmt worden. Es gab nicht immer Konsens, aber es wurden Kompromisse gefunden, und diese wurden durch die Regierung aufgenommen und in das Parlament eingebracht. Parallel zur Zeit des Siegeszugs des Sozialstaats gab es die Hochblüte der Sozialpartnerschaft.

**Wer sind denn auf der anderen Seite die Gegner des Sozialstaats?**

Gegenüber dieser sozialreformerischen Positionierung, die in Österreich so lange wichtig war, haben sich politische Kräfte herausgebildet, die wir als Neoliberale bezeichnen. Für Neoliberale gilt der Markt als Problemlöser und der Sozialstaat als Problemverursacher. Das ist das Gegenteil dessen, was den österreichischen So-

zialstaat und seine Entwicklung seit den Anfängen ausgemacht hat. Diese liberale Positionierung war in Österreich lange nur schwer durchsetzbar. Aber im Regierungsprogramm von Schwarz-Blau aus dem Jahr 2000 hat Bundeskanzler Schüssel sehr deutlich gemacht, dass grundsätzlich die eigene Vorsorge Vorrang vor der Fürsorge habe. Also dass es beim Sozialstaat in erster Linie darum gehe, Menschen zu versorgen, die irgendwie in Not sind. Gleiches vertrat die türkis-blaue Regierung.

**Wenn ich jetzt an den Arbeitsmarkt von heute denke, etwa an das Instrument der Kurzarbeit – der Arbeitsmarkt wäre ohne staatliche Eingriffe nicht mehr vorstellbar.**

Wir haben in der Zweiten Republik noch nie so viele arbeitslose Menschen gehabt wie jetzt, aktuell über 530.000 – das ist ja gigantisch. Wenn wir uns vorstellen würden, es gäbe das System des Arbeitslosengeldes nicht, so wären davon enorm viele Menschen und Familien äußerst negativ betroffen.

**Gerade das Arbeitslosengeld wirkt zudem auch als automatischer Stabilisator, es verhindert, dass die Konsumnachfrage massiv einbricht und der ganze Kreislauf zusammenbricht.**

Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Der Sozialstaat trägt wesentlich zur wirtschaftlichen Entwicklung bei. 1974 hat der damalige Handelskammerpräsident Rudolf Sallinger schon gesagt: „Wer soll denn all die Güter, die wir produzieren, kaufen – wenn die Kranken, die Arbeitslosen, die Pensionisten kein Geld haben.“

**Wenn wir auf die Situation heute schauen: Wo würden Sie denn sagen, ist der Sozialstaat noch gut aufgestellt?**

Wenn wir das im internationalen Vergleich betrachten, so liegt Österreich meist im Spitzenfeld. Wir sind sehr gut aufgestellt im Bereich der Sozialversicherung, das heißt bei Leistungen der Pensions-, Kranken und Unfallversicherung. Vor allem auch im Be-



Tálos: „Parallel zur Zeit des Siegeszugs des Sozialstaats gab es die Hochblüte der Sozialpartnerschaft.“

reich des Arbeitsrechtes und der Familienleistungen. Mittlerweile ist auch die Pflegeversicherung dazugekommen.

#### **Wo sind wir weniger gut aufgestellt?**

Die Pandemie unterstreicht, dass das System der Arbeitslosenversicherung eine wichtige Rolle spielt. Aber gerade dort können wir sehen, dass das bestehende System nicht reicht. Die Nettoersatzrate von nur 55 Prozent schafft ein enormes Verarmungspotenzial bei einem Teil der von Arbeitslosigkeit Betroffenen.

#### **Wir stehen also vor einer großen sozialen Herausforderung?**

Das trifft zu. Wer heute sagt, das Arbeitslosengeld hält Leute davon ab, sich um Arbeit zu kümmern, oder fördert Arbeitsunwilligkeit, irrt. All das Gerede, dass der Sozialstaat überfordert, trifft realiter nicht zu. Österreich hat lange Zeit eine ganz tolle wirtschaftliche Entwicklung genommen, und dazu hat der Sozialstaat wesentlich beigetragen.

#### **Die Pandemie zeigt auch, welche Effekte ein schlecht ausgebauter Sozialstaat hat, wenn wir etwa in die USA schauen.**

Auch dort wird vom „Sozialstaat“ gespro-

chen – nur Sozialstaat ist eben nicht gleich Sozialstaat. Die Ausprägungen sind durchaus sehr unterschiedlich. Das kennen wir aus den Entwicklungsländern, aber auch aus den USA, wo viele keine Krankenversicherung haben, es in der Pensions- und Arbeitslosenversicherung nur sehr geringe Leistungen gibt. Wir haben in der Pandemie außerdem gesehen, wie wichtig ein gut ausgebautes Gesundheitssystem ist. Diesen Stresstest, den das Corona-Virus gebracht hat, hat unser System eigentlich sehr gut bestanden.

#### **Schauen wir auch noch in die nähere Umgebung, nach Deutschland. Welche Unterschiede würden Sie hier festmachen?**

Es ist schon bemerkenswert: Österreich und Deutschland haben seit den Anfängen eigentlich eine relativ ähnliche Entwicklung genommen. Dennoch: In Deutschland ist die Pensionsversicherung im Wesentlichen auf unselbstständig Erwerbstätige, nicht auf Selbstständige bezogen. Das Leistungsniveau ist zudem geringer als in Österreich.

#### **Und dann hat Deutschland noch Hartz IV bzw. die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe.**

Das war mit Sicherheit ein Bruch, den die deutsche Sozialdemokratie damals mit den

Grünen zusammen beschlossen hat. Bemerkenswert ist allerdings: Das Regierungsprogramm von Schüssel hat ebenso wie das von Kurz/Strache genau dasselbe drinstehen gehabt: die Abschaffung der Notstandshilfe. Beiden ist es nicht gelungen.

#### **Zum Abschluss eine Fiktion: Wir machen Sie für einen Tag zum Bundeskanzler. Welche sozialpolitische Maßnahme würden Sie umsetzen?**

Ich wollte in meinem Leben nie Politiker werden. Aber ich würde in jedem Fall neben der Absicherung der Finanzierung des Sozialstaates die Nettoersatzrate beim Arbeitslosengeld anheben, das ist als sozialreformerische Maßnahme unumgänglich notwendig. ▸



#### **& ONLINE**

Das ausführliche Interview als Video finden Sie unter

[www.arbeit-wirtschaft.at/interviews](http://www.arbeit-wirtschaft.at/interviews)

# Wirtschaftsmotor Sozialstaat

*In Zeiten wie diesen sehen wir die Bedeutung des Sozialstaats. Der ist aber nicht nur Auffangnetz für die, die es gerade brauchen, sondern viel mehr: Der Sozialstaat schafft Nachfrage und Jobs – und ist damit einer der größten Arbeitgeber des Landes.*

TEXT MARKUS MARTERBAUER

Die vorrangige Aufgabe des Sozialstaats ist es, jenen zu helfen, die auf die Solidarität der Gemeinschaft angewiesen sind: also den Jungen, Kranken und Arbeitslosen, Alten und Pflegebedürftigen. Zielgerichtet unterstützt sie der Sozialstaat mit Kinderbeihilfe und Arbeitslosengeld, Pensionen und Pflegegeld, mit Kindergärten und Schulen, ärztlichen Leistungen und Pflegediensten.

Finanziert werden diese Leistungen von den Gesunden und Erwerbstätigen. Sie sind solidarisch mit den gerade Bedürftigen und mit sich selbst. Denn in unterschiedlichen Phasen des Lebens ist jeder und jede einmal jung, krank oder alt. Diese wechselseitige Verpflichtung zur Solidarität spart enorme Kosten, auch im Vergleich mit privaten Versicherungen. Während die Verwaltungskosten in der gesetzlichen Krankenversicherung zwei bis drei Prozent betragen, können sie bei privaten Versicherungen gleich einmal zwanzig Prozent und mehr ausmachen, Geld, das für Leistungen zugunsten der Versicherten fehlt. Ein weiterer elementarer Unterschied wurde in der Pandemie offenkundig. Der Sozialstaat funktioniert auch dann, wenn er von sehr vielen gleichzeitig in Anspruch genommen wird, was eine private Versicherung rasch überfordern würde.

## Großer Arbeitgeber

Mit den sozialen Geld- und Sachleistungen werden gewaltige Mittel bewegt. 117 Milliarden Euro betragen 2019 die Staatsausgaben für Soziales und Gesundheit, das waren 29 Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung. Dazu kamen 20 Milliarden Euro für Bildung (fünf Prozent des BIP). Somit beeinflusst der Sozialstaat die wirtschaftliche Entwicklung maßgeblich. Allein in Gesundheit und Pflege waren 2020 276.000 Menschen beschäftigt, im Bildungsbereich 110.000, viele Beschäftigte in Gesundheit und Bildung werden zudem in der öffentlichen Verwaltung gezählt, die 583.000 Erwerbstätige umfasst. Der Sozialstaat ist einer der größten Arbeitgeber des Landes.

Er ist auch der wichtigste Garant stabiler wirtschaftlicher Entwicklung. Das ist Folge seiner umverteilenden Wirkung: Viele Familien, Arbeitslose, Kranke, Alte und Pflegebedürftige, also die Nettoempfänger\*innen des Sozialstaats, gehören zum unteren Einkommensdrittel. Von 100 Euro zusätzlichem Einkommen geben sie sofort 80 Euro wieder aus, nach wenigen Jahren



sogar mehr als 100 Euro. Die Nettozahler\*innen stammen hingegen aus dem oberen Drittel. Von 100 Euro an Beiträgen und Steuern für den Sozialstaat kommen bei ihnen nur 40 Euro aus niedrigerem Konsum, 60 Euro gehen zulasten des Sparens. Der Sozialstaat verteilt zu konsumfreudigen Schichten um, er schafft damit Nachfrage, Produktion und Beschäftigung.

### *Den Sozialstaat kann man sich als große Arbeitslosenversicherung vorstellen.*

Diese automatische stabilisierende Wirkung mildert die wirtschaftliche Rezession ebenso wie die Überhitzung. Am Beispiel der Arbeitslosenversicherung: In der Rezession zahlt diese viele Mittel an Arbeitslose aus, während ihre Einnahmen aufgrund sinkender Beschäftigung schrumpfen – sie macht ein Defizit. Dieses Defizit bedeutet in gleichem Ausmaß zusätzliches Einkommen für die Haushalte und damit höhere Konsumnachfrage. In der Hochkonjunktur hingegen sprudeln die Einnahmen der Arbeitslosenversicherung, während die Auszahlungen an Arbeitslose sinken, sie macht einen Überschuss. Die Haushalte zahlen mehr ein, als sie herausbekommen, ihre Einkommen werden gedämpft, Überhitzung und Inflation verhindert. Den Sozialstaat kann man sich als große Arbeitslosenversicherung vorstellen. Er ist der wichtigste Stabilisator der Wirtschaft.

Das ist gerade in der COVID-Krise wichtig: Noch nie gab es einen derart sprunghaften Anstieg der Zahl der Arbeitslosen, sofort stellte die Arbeitslosenversicherung wenigstens ein Mindestmaß an sozialer Absicherung bereit. Die Bedeutung für Betroffene und Gesellschaft zeigt sich im Vergleich mit den Selbstständigen, die keine Versicherung gegen Erwerbslosigkeit und keinen Einkommensersatz haben. In

der COVID-Krise musste für sie erst ein Härtefallfonds gegründet werden, eine langwierige, bürokratische und ungenügende Angelegenheit. Sinnvoll wäre eine Versicherung gegen Erwerbslosigkeit, mit verpflichtendem solidarischem Finanzierungsbeitrag aller Selbstständigen.

Eine Pflichtversicherung macht für die Gesamtwirtschaft genauso Sinn wie für die Einzelnen. Sie haben existenzielles Interesse daran, bei Arbeitslosigkeit Arbeitslosengeld zu bekommen, bei Krankheit Gesundheitsleistungen oder im Alter Pension und Pflege. Dies ist ein enormer Anreiz, erwerbstätig zu sein. Der Sozialstaat fördert Erwerbstätigkeit. Das ist auch für Unternehmen wichtig, denen damit ausreichend Arbeitskräfte zur Verfügung stehen.

Der Sozialstaat schafft Nachfrage und Jobs, er stabilisiert die wirtschaftliche Entwicklung und ist Voraussetzung für Innovation und wirtschaftlichen Fortschritt. Schon im 15. und 16. Jahrhundert waren jene Matrosen eher bereit, auf hohe See und Weltentdeckung zu gehen, die ihre Angehörigen zu Hause versorgt wussten. Das soziale Netz gibt Sicherheit und ist Voraussetzung für Aufgeschlossenheit gegenüber Neuem und die Bereitschaft, Risiken einzugehen.

### **Sozialer und wirtschaftlicher Erfolg gehen Hand in Hand**

Der Sozialstaat ist zusammen mit der Demokratie nicht nur die größte zivilisatorische Errungenschaft für die arbeitenden Menschen, er ist auch Basis für wirtschaftlichen Wohlstand. Es ist kein Zufall: Österreich hat einen der besten Sozialstaaten mit der dritthöchsten Sozialquote der EU (Sozial- und Gesundheitsausgaben in Relation zur Wirtschaftsleistung). Die Finanzierung erfolgt über die sechstöchste Abgabenquote (Steuern und Beiträge in Relation zur Wirtschaftsleistung). Gleichzeitig hat Österreich die sechstöchste Wirtschaftsleistung der EU pro Kopf. Sozialer und wirtschaftlicher Erfolg bedingen einander gegenseitig. ▀





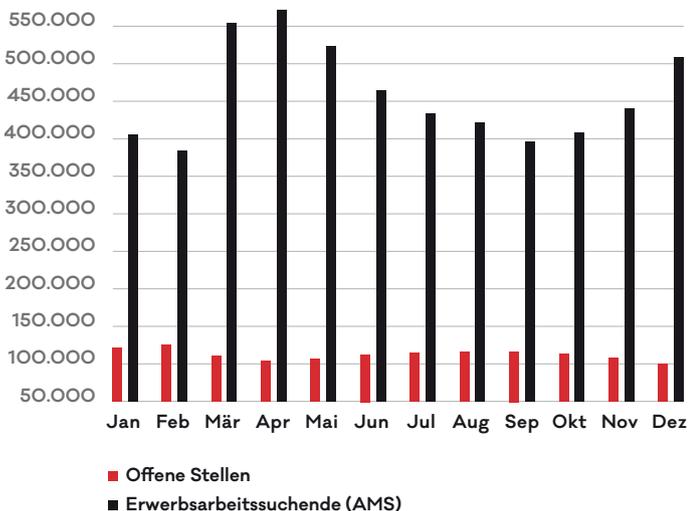
# Ein Job als Jackpot

*Auf 50.000 offene Stellen kommt eine Masse von 533.000 Arbeitssuchenden. Für neun von zehn heißt es also: Bitte hinten anstellen! Aber woher sollen diese 450.000 Jobs, die es braucht, kommen?*

TEXT LEO STEMPFL

Das Jahr beginnt mit dem vermutlich größten Sesseltanz in der Geschichte Österreichs. Es sind etwas über 50.000 Plätze, um die eine Menge von 533.000 Personen kämpft. Menschen in ihren besten Jahren haben es genauso schwer wie ältere. Mit etwas Glück ergattert man sogar wirklich einen Sessel, doch selbst dieser wackelt unaufhörlich und droht den Auserwählten wieder abzuwerfen. Zurück in die Schlange. Zurück zum Englischkurs. Wer Glück hat, kriegt einen der wenigen Jobs. Jackpot!

## Die große Lücke



Es ist 2021, wir befinden uns in der größten Arbeitsmarktkrise der jüngeren Geschichte. Wie schon 2008 verhindert nur die Kurzarbeit das Schlimmste. Damals beantragten diese knapp 35.000 Menschen – am Höhepunkt der Corona-Pandemie waren es ganze 1,4 Millionen, auch im Jänner steigt die Zahl der Anträge. Das kostet, aber Kurzarbeit ist notwendig. Fünf Milliarden Euro sind dafür im heurigen Budget vorgesehen, bis Ende März läuft die aktuelle Phase. Der neue Arbeitsminister Martin Kocher will deswegen noch im Februar ein neues Konzept vorlegen, denn die Kurzarbeit sei „kein Dauerinstrument“. Die aktuelle Strategie läuft unter dem Motto Krisenbewältigung. Vorrangig werden Betriebe unterstützt, damit diese ihre Umsatzeinbußen nicht in Form von Stellenstreichungen auf Angestellte und Arbeiter\*innen abwälzen. Bis zum Sommer abzuwarten, bis sich die Infektionslage hoffentlich abflacht, wäre allerdings fatal. Neue Lösungen müssen her, gemeinsame Pläne, um genug Sessel für alle zu schaffen.

## Qualifizieren, qualifizieren, qualifizieren

Die Meinungen der Arbeitsmarktexpert\*innen scheinen dabei weitgehend übereinzustimmen. „Qualifizieren, qualifizieren, qualifizieren“, fasst Silvia Hofbauer, Abteilungsleiter-Stellvertreterin in der Arbeitsmarktabteilung der Arbeiterkammer Wien, zusammen. „Das ist nichts, wo man sagen kann: ‚Jetzt warten wir, bis die Pandemie vorbei ist, und dann werden wir wieder schauen, dass wir neue Arbeitsplätze schaffen‘. Das muss parallel gehen.“





Einerseits gehe es darum, dass man Arbeitsplätze nach Möglichkeit erhält. Aber parallel dazu gilt es eben auch, arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zu setzen. „Damit Leute die Zeit, die sie jetzt zwangsläufig in der Arbeitslosigkeit verbringen, für Qualifikationen nutzen. So können sie, wenn die Konjunktur wieder anspringt und es neue Arbeitsplätze gibt, diese auch gut erfüllen.“

Dabei geht es um die Qualifizierungsoffensive des Bundes, die in das AMS-Budget einfließt. 700 Millionen Euro gibt es unter dem Namen „Corona-Arbeitsstiftung“. Bis zu 117.000 arbeitslosen Personen soll so geholfen werden, sich beruflich weiter- oder umzubilden. „Überall dort, wo es um praktische Dinge geht, ist das gerade schwierig. Aber an sich ist es sehr wohl möglich, auch jetzt etwas zu lernen. Man muss das unbedingt nutzen.“

Um die Leistungen des AMS aufrechtzuerhalten, braucht es aber insbesondere eines: mehr Personal. Während in Deutschland ein\*e Berater\*in auf 70 Arbeitssuchende kommt, ist der Betreuungsschlüssel in Österreich 1:140. Zumindest 500 zusätzliche Planstellen fordert deswegen die AK, um eine angemessene Beratung und einen gerechten Umgang zu ermöglichen.

### Winter ohne Saison

Von den 440.000 Menschen, die sich aktuell in Kurzarbeit befinden, ist ein Viertel in der Tourismusbranche beschäftigt. Nur 30 Prozent der Touristiker\*innen arbeiten regulär. Saisonbereinigt macht diese Gruppe somit gut ein Drittel aller Arbeitssuchenden

aus. Der beschäftigungspolitische Schwerpunkt 2021 soll deswegen auf dieser Branche liegen, kündigt Tourismusministerin Elisabeth Köstinger (ÖVP) an. Auch, weil viele die Branche gewechselt haben und es weniger Lehrlinge gibt.

„Für Personen, die in Saisonbetrieben beschäftigt sind, wird die Saison vermutlich mehr oder weniger gelaufen sein. Diese Zeit muss jetzt aktiv für berufsspezifische Qualifizierung genutzt werden“, meint Julia Bock-Schappelwein, Ökonomin beim Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO). Wer in der Branche bleiben will, hat mit der Qualifizierungsoffensive immerhin eine Möglichkeit, sich weiterzubilden. „Sei es eine zusätzliche Sprache oder auch Auf- und Weiterbildungen in diesem Bereich“, so Hofbauer. Aber es gibt auch viele, die keine abgeschlossene Berufsausbildung haben. „Da wäre jetzt eine gute Gelegenheit, solch eine Ausbildung auch tatsächlich abzuschließen.“

Egal, in welcher Branche: „Wenn sie ausschließlich geringfügig beschäftigt sind und kein Arbeitslosengeld beziehen, dann fallen sie auch bei allen sonstigen Förderungen durch das Raster.“ Ein zumindest 30 Millionen Euro umfassender Härtefallfonds für geringfügig Beschäftigte wurde von der AK bereits im April gefordert, doch dazu kam es nie. Das trifft insbesondere Alleinerziehende, Pensionist\*innen, Menschen mit Beeinträchtigungen, Menschen aus Randgruppen. Und es trifft insbesondere Frauen.

Gab es zum Jahreswechsel 2019/20 noch 354.000 geringfügig Beschäftigte, waren es dieses Jahr nur noch 314.000. Aber während nur 11.000 Männer ihr Einkommen verloren haben, traf es

über 30.000 Frauen. Diese Personen „wurden exakt dreimal in drei verschiedenen Lockdowns vergessen. Es gibt keine Kurzarbeit oder sonstige finanzielle Unterstützung vonseiten der Regierung“, prangert auch GPA-Bundesjugendsekretär Christian Hofmann an.

Im Bauwesen sieht es etwas besser aus, die Arbeitslosigkeit ist hier eher saisonbedingt. „Im Jahresdurchschnitt 2020 konnte die Beschäftigung im Bauwesen den Vorjahreswert nahezu halten“, erklärt Bock-Schappelwein. Hier gibt es ein Minus von lediglich 0,1 Prozent.

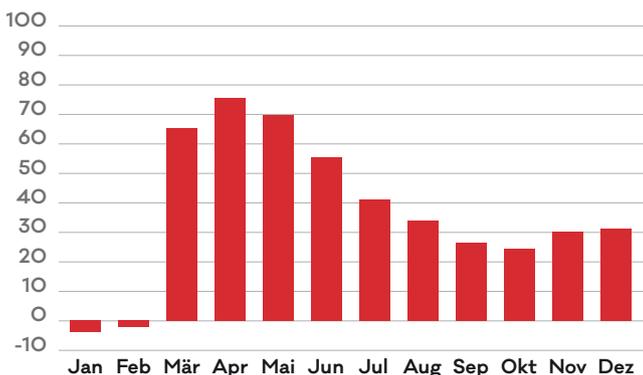
### Arbeitslosigkeit schadet allen

Es gilt, was schon nach der Finanzkrise 2008 gegolten hat. „Die Langzeitarbeitslosigkeit hat man nicht entsprechend ernst genommen“, erzählt Silvia Hofbauer. Dabei schadet sie uns allen. Denn mehr Arbeitslose gehen Hand in Hand mit weniger Beiträgen zur Kranken-, Pensions- und Unfallversicherung. Die Österreichische Gesundheitskassa (ÖGK) hat weniger Mittel zur Verfügung – und das inmitten einer Pandemie. Ende Dezember gibt es bereits 171.000 Langzeitarbeitslose. Und wenn diese keinen Anspruch mehr auf Arbeitslosengeld haben, verschieben sich die Kosten schlicht in die Notstandshilfe.

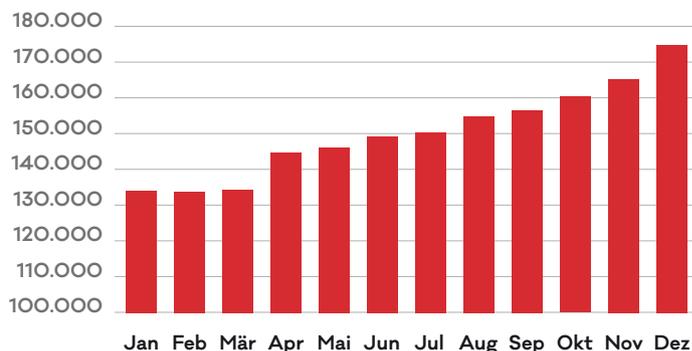
Die Bevölkerungsentwicklung spielt hier auch eine entscheidende Rolle. „Langzeitarbeitslosigkeit hat ganz viel mit Alter zu tun. Menschen, die älter sind, werden zwar nicht besonders oft gekündigt, aber wenn sie gekündigt werden, finden sie kaum mehr einen Arbeitsplatz“, sagt Silvia Hofbauer. „Bitte nicht auf die jungen Leute vergessen“, fügt Julia Bock-Schappelwein hier an. „Es sind sehr viele junge Leute, die jetzt mit der Ausbildung fertig sind. Auch bei denen, die noch in der Schule sind, ist die Frage: Wie geht’s dann weiter?“

Wer im ersten Lockdown seinen Job verloren und seitdem keinen gefunden hat, ist damit ab März langzeitarbeitslos. In dieser Situation einen Job zu finden ist noch schwieriger. Immerhin wurde der Betrag der Notstandshilfe auf die Höhe des Arbeitslosengeldes angehoben, doch mit Ende März 2021 wird auch diese Regelung auslaufen.

### Arbeitslose: Veränderung zum Vorjahr in %



### Vorgemerkte Langzeitbeschäftigungslose gesamt



### „Chance 45“

Die „Aktion 20.000“ war das Prestigeprojekt des ehemaligen Bundeskanzlers Christian Kern. Es ging um Zukunftsperspektiven, um Respekt und um Würde. „Zu warten, dass diese Menschen von den Unternehmen aufgenommen werden, ist eine Illusion“, sagte dieser damals im Nationalrat. „Diesem Bild der Unternehmen, demzufolge Ältere nichts mehr können oder nicht mehr arbeiten wollen und daher eher eine Belastung als eine Stütze des Betriebs sind, wurde nicht gut genug entgegengewirkt“, kritisiert auch Hofbauer.

Vereinfacht gesagt: Statt Langzeitarbeitslosen durchschnittlich knappe 1.000 Euro zu zahlen, stockte man diesen Betrag auf rund 1.900 Euro brutto auf und schuf Stellen im öffentlichen Dienst, bei Gemeinden und gemeinnützigen Organisationen. Eine Studie belegte, dass nach Beendigung des jeweiligen Projekts jeder Dritte in einem regulären Beschäftigungsverhältnis war. Trotzdem wurde es unter der türkis-blauen Regierung vorzeitig eingestampft. Der neue Arbeitsminister verteuft die Aktion grundsätzlich nicht, sie müsse lediglich weiterentwickelt werden. Mit der „Chance 45“ hat die Arbeiterkammer genau das getan.

Denn für eine große Gruppe an Menschen funktioniert der Arbeitsmarkt nicht mehr. Die „Chance 45“ reagiert auf die neue Krisensituation, in der es bereits Menschen ab 45 Jahren schwer haben. Dabei setzt man auf eine kollektivvertragliche Mindestentlohnung von 1.700 Euro. Um keine Verdrängungseffekte zu erzeugen, sollen damit nur zusätzlich geschaffene Arbeitsplätze gefördert werden.

### Aber lohnt sich das?

Wie die AK-Arbeitsmarktexperten Dennis Tamesberger und Simon Theurl ausrechneten, kosten 40.000 Jobs im ersten Jahr nur 271 Millionen Euro. Das ergibt sich aus den wegfallenden Kosten

für das Arbeitslosengeld sowie den Rückflüssen an Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen. „Das erste Ziel ist, Langzeitbeschäftigungslosigkeit zu vermeiden“, fasst Hofbauer zusammen.

Wer nicht unter die Bedingungen der „Chance 45“ fällt, für den soll es zumindest eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes geben. Denn mit nur 55 Prozent des vorherigen Netto-Einkommens ist man hier in Österreich nicht besonders großzügig. Die AK fordert deswegen gemeinsam mit dem Österreichischen Gewerkschaftsbund eine Anhebung auf 70 Prozent. „Wenn die Geschäfte wieder aufsperrten, muss auch jemand da sein, der sich die Dinge leisten kann“, sagt Hofbauer.

„Viele unserer Studien haben gezeigt: Je länger Arbeitslosigkeit dauert, desto größer ist die Gefahr, unter die Armutsschwelle zu kommen.“ Als Erstes trifft es dann die Teilnahme am sozialen Leben. Arbeitslosigkeit grenzt aus. Wird aufgrund von Geldsorgen jeder noch so schlecht bezahlte Job angenommen, „so hat das irgendwann auch Auswirkungen auf die Kollektivvertragspolitik und somit auf die Lage von Beschäftigten generell“. Dabei darf nicht vergessen werden, dass es das Arbeitslosengeld nicht ewig gibt, sondern für einen Großteil maximal 30 Wochen.

## Der große Aufschwung?

Was können wir also von 2021 erwarten? Die genauen Prognosen hat Julia Bock-Schappelwein. Im Herbst rechnete man aufgrund des hinausgeschobenen Starts des Wintertourismus und der möglichen Beschränkung auf den Inlandstourismus mit einem Rückgang von minus 5,4 Prozent an Arbeitslosen. Doch der Wintertourismus fällt wohl nahezu vollständig weg. „Der Rückgang der Arbeitslosigkeit 2021 würde aufgrund der etwas höheren Saisonarbeitslosigkeit deswegen mit minus 5,1 Prozent etwas geringer ausfallen.“

Dass es wohl bis 2024 dauern wird, bis die Arbeitslosigkeit wieder auf dem Niveau von 2019 ist, „kommt mir nicht unrealistisch vor“, urteilt Hofbauer. Im kommenden Jahr droht auch eine Insolvenzwelle ungeahnten Ausmaßes. Arbeitsminister Kocher geht davon aus, dass diese hauptsächlich Kleinunternehmen treffen und keine Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt haben wird. Bock-Schappelwein mahnt hier zur Differenzierung. „Einerseits geht es um die unmittelbar Betroffenen, die in den Unternehmen selbst tätig sind, aber auch um die Zulieferer\*innen, das gesamte Umfeld. Man muss sich bewusst sein, dass das Wellen nach sich zieht.“

Diese Wellen fluten das gesamte Land. Sie reißen Menschen von ihren gerade erst erkämpften Stühlen zurück ins Meer der 533.000, die ohne Job sind. Sie grenzen Hunderttausende Langzeitarbeitslose aus. Sie drängen Menschen unter die Armutsgrenze. Sie erschweren Jugendlichen den Einstieg ins Berufsleben. Ins soziale Netz werden Löcher gerissen, und der Gesundheitskasse fehlen die Beiträge. Sie treffen uns alle. ▀

# DREI GEDANKEN ZUM NEUEN ARBEITSMINISTER

## War was?

Eine Diplomarbeit und eine Dissertation, die nur schwer als vorwissenschaftliche Arbeit zur Matura durchgegangen wären, kosteten die bisherige Ministerin und langjährige Kanzler-Wegbegleiterin den Job. Christine Aschbacher selbst sieht das anders: „Die Anfeindungen, die politische Aufgeregtheit und die Untergriffe“ hätten sie schlussendlich zum Rücktritt bewegt. Jetzt an der Reihe: ein unabhängiger Experte.

## Wird nun alles besser und der Arbeitsmarkt gerettet?

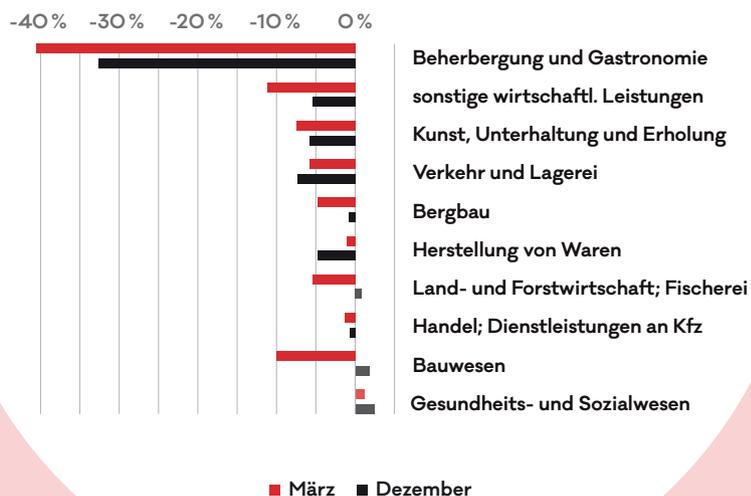
Annahmen sind wie Seepocken, hätte Aschbacher gesagt. Bereits am Tag nach der Angelobung verriet uns der Neo-Minister eine seiner „Binsenweisheiten“: Ist das Arbeitslosengeld zu hoch, sinkt der Anreiz, sich einen Job zu suchen. Arbeitsmarktexpert\*innen wie Silvia Hofbauer von der AK Wien widersprechen. Studien zeigen: Je länger Arbeitslosigkeit dauert, desto größer ist die Gefahr, unter die Armutsschwelle zu rutschen. Wenn die Geschäfte wieder aufsperrten, muss es schließlich auch Kund\*innen geben, die sich die Waren leisten können. Darüber hinaus steht Martin Kocher für eine Erhöhung des Pensionsantrittsalters, längere Öffnungszeiten im Handel und die Senkung von Unternehmenssteuern. Von einer 4-Tage-Woche und mehr Gerechtigkeit hält er nichts. Diese „führt zu einem Verlust an Effizienz“, wie er 2018 der „Wiener Zeitung“ erzählte.

## Gibt es auch Hoffnungsschimmer?

Projekte wie die „Aktion 20.000“ verteufelt Kocher nicht grundsätzlich. Sie müsse lediglich angepasst werden, was durch die „Chance 45“ ohnehin bereits passiert ist. Die 700 Millionen Euro für die Qualifikation von Arbeitssuchenden will Kocher primär in die Bereiche Pflege, Digitalisierung, Umwelt und Natur stecken. „Also ich hoffe, dass es hier Gesprächsbereitschaft gibt, und ich hoffe auch, dass wir so zu Lösungen und neuen Modellen kommen“, so Hofbauer.

# Luft na

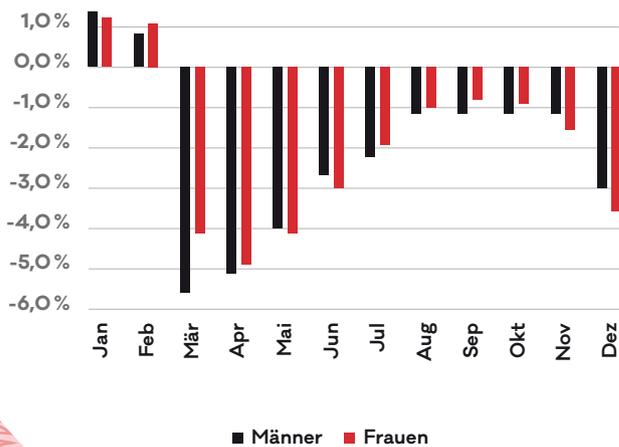
## Beschäftigung nach Branchen



Aus der Hochkonjunktur fiel die V  
 Jahres in die Pandemie – und  
 Rekordarbeitslosigkeit ist das Resultat  
 Ein Blick auf die Zahlen

Der Einbruch im Tourismus hier in anderen Zahlen dargestellt: Weitgehend geschlossene Hotels und Gastronomie schlagen direkt auf die Beschäftigten durch. Immerhin konnte die Kurzarbeit 100.000 Arbeitsplätze in diesem Bereich retten.

## Beschäftigung nach Geschlecht



Über das vergangene Jahr betrachtet, scheint sich der Beschäftigungsrückgang bei Männern und Frauen die Waage zu halten. Besorgniserregend ist der Trend der späten Herbst- und Wintermonate: Hier sinkt die Beschäftigung der Frauen im Lockdown deutlich stärker.

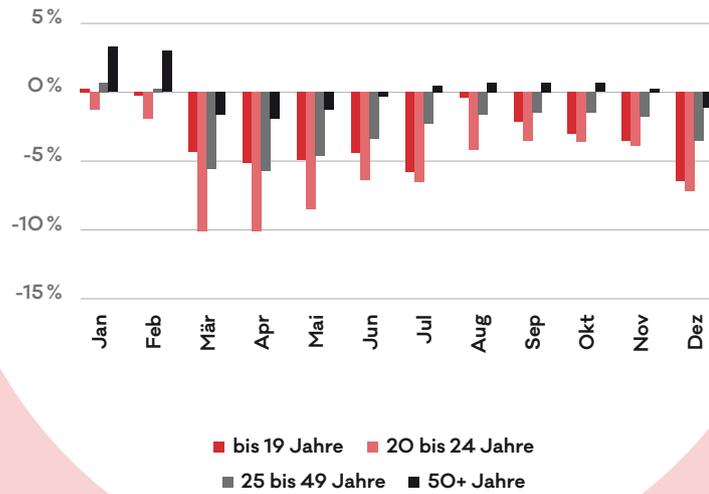
# ch oben

Wirtschaft Anfang des vergangenen  
damit auch der Arbeitsmarkt.  
at. Aber wurden alle gleich getroffen?  
zeigt große Unterschiede.

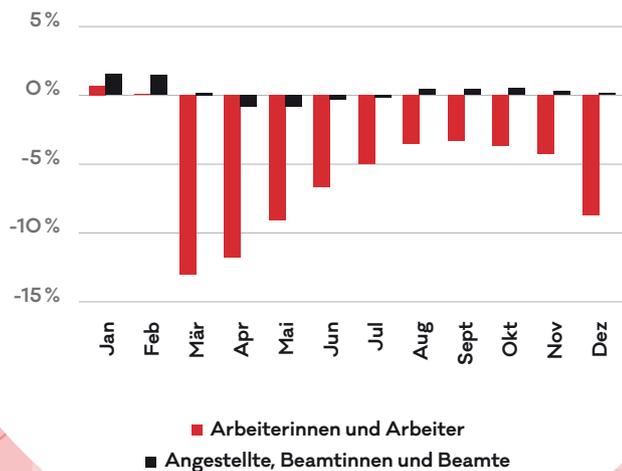


Verlieren wir gerade eine Generation? Die 20- bis 24-Jährigen führen über das ganze vergangene Jahr mit Abstand die Statistik an. Gründe dafür dürften in meist kurzer Betriebszugehörigkeit liegen, aber auch in geringeren Trennungskosten.

## Beschäftigung nach Alter



## Arbeiter\*innen, Angestellte, Beamt\*innen



Arbeiter\*innen werden eher vor die Tür gesetzt. Diese dramatische Entwicklung ist ein trauriges Resultat sehr kurzer Kündigungsfristen (2 Wochen) bei Arbeiter\*innen, aber auch der langjährigen Praxis des „AMS-Zwischenparkens“ bzw. „Stempelschickens“ durch die Unternehmen.



# Verantwortung inklusive?

*Lieferkette – der Begriff klingt eher unspannend und vor allem sehr technisch. Doch wir alle haben tagtäglich mit unzähligen Produkten von Lieferketten zu tun und sind vielleicht, etwa in unserem Beruf, nicht nur als Konsument\*innen in Lieferketten eingebunden.*

## Was von einem Häferl Kaffee übrig bleibt



Quelle: Financial Times 2019

TEXT MAX ZIRNGAST

Viele von uns trinken in der Früh Kaffee. Und zumindest dann, wenn gerade kein Lockdown ist, trifft man sich auch tagsüber gerne zum Kaffee. Der Kaffee, den wir also quasi täglich konsumieren, ist ein paradigmatisches Beispiel einer globalen Ware und dafür, wie Lieferketten und Ausbeutung heute funktionieren. Nur ein Bruchteil des Preises, den wir für eine Tasse Kaffee in einem Kaffeehaus oder einer beliebigen internationalen Kette bezahlen, geht tatsächlich an die Produzent\*innen.

Was bedeutet das nun konkret? Wenn eine Tasse Kaffee also, sagen wir, 2,50 Euro kostet, dann geht davon genau 1 Cent an die Produzent\*innen. Kaffee wird de facto nur im globalen Süden angebaut. Zwischen 2011 und 2015 entfielen 58 Prozent auf Lateinamerika, 32 Prozent auf Asien und neun Prozent auf Afrika. Der Preis für Kaffee am Weltmarkt ist in den letzten Jahren so stark ge-

fallen, dass die Produzent\*innen kaum noch in der Lage sind, ihre Familien zu ernähren. Viele steigen auf andere Produkte um oder machen sich auf den Weg nach Norden, um irgendwie in die USA zu kommen, wo sie dann darauf hoffen, zumindest in das unterste Segment der Arbeiter\*innenklasse aufgenommen zu werden. Dort hin, wo dann vor allem im Agrar- oder Bausektor die niedrigen Löhne der Migrant\*innen, vor allem derer ohne Aufenthaltsstatus, zu den Profiten der Besitzenden beitragen.

## Globalisierung passiert nicht zufällig

Nun ist Kaffee gleichzeitig ein paradigmatisches und gutes Beispiel für eine globale Ware wie auch insofern ein schlechtes, als der Kaffeebaum eine tropische und subtropische Kulturpflanze ist.

**Ausgebeutet: Ein Lieferkettengesetz würde heimische Unternehmen zur Verantwortung für die Umwelt- und Arbeitsbedingungen entlang ihrer Lieferketten verpflichten.**



In vielen anderen Sektoren, wie zum Beispiel Textil, Elektronik, Automobil und mittlerweile ohnehin fast in jedem Sektor, wurde allerdings in den vergangenen Jahrzehnten eine gezielte Internationalisierung der Produktion vorangetrieben. Und genau hier liegt das „Geheimnis“ der Lieferketten begraben.

Nur dass diese Internationalisierung, die entscheidende Triebkraft der sogenannten Globalisierung, nicht mystisch und geheimnisvoll ist, sondern sehr offensichtlich die Jagd des Kapitals nach Profiten. Globalisierung passiert nicht einfach, sie wird gemacht.

Ohne zu sehr ins Detail zu gehen, hier einige historische Eckpunkte: Die Bedeutung transnationaler Produktion hat sich über einen langen Zeitraum, geprägt von heftigen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, herausgebildet. Die heutige Struktur hat sich nach dem zweiten imperialistischen Aufteilungskrieg, beson-

ders aber ab den 1960er-Jahren entwickelt. Aufgrund sinkender Profitraten und zunehmenden Drucks japanischer und europäischer (insbesondere deutscher) Exporte begannen US-Konzerne, sogenannte „Exportplattformen“ in Ländern des globalen Südens einzurichten, wo gewisse Waren produziert und dann zur Endverarbeitung in die USA transportiert wurden. Vor allem ab den 1980ern, begleitet auch von neoliberaler Ideologie und Politik, stiegen die Auslandsdirektinvestitionen (FDI) massiv an.

Die Produktionsprozesse wurden in immer kleinere Teile aufgedröselte und auf der Jagd nach Profit von einem Land ins nächste versetzt. Dabei machten sich transnationale Konzerne globale Lohnunterschiede und Landpreisunterschiede zunutze. Dass dabei in den meisten dieser Länder repressive Arbeitsregime vorherrschten, die teilweise auch aktiv mit Unterstützung transnationaler

# *„Konzerne beuten Menschen aus, verseuchen die Umwelt und schädigen das Klima... weil sie es können. Weil niemand sie zur Verantwortung zieht.“*

Autorin Veronika Bohrn Mena, Sprecherin der Initiative Lieferkettengesetz in Österreich

Konzerne aufgebaut wurden und tagtäglich durch die bestehende Ordnung reproduziert werden, ist offensichtlich. Die enorme Ausbeutung der Arbeit und der Natur macht die Lohn- und Preisunterschiede erst möglich.

Diese ökonomische Entwicklung wurde begleitet von der Herausbildung eines politischen und rechtlichen Rahmens, einer internationalen Architektur der globalen Akkumulation. Dazu zählen Institutionen wie das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT), die Welthandelsorganisation (WTO), diverse Freihandelszonen oder bi- und multilaterale Freihandelsabkommen. Dabei geht es vor allem darum, durch die Schaffung politischer und rechtlicher Rahmen den internationalen Fluss der Kapital- und Warenströme zu garantieren.

Die so entstandenen Warenketten stehen im Wesentlichen unter der Kontrolle monopolistischer transnationaler Konzerne, die wiederum hauptsächlich im globalen Norden angesiedelt sind und durch dieses Arrangement und die Neuorganisation der Produktionsprozesse und Lieferketten enorme Profite einfahren.

Mittlerweile gibt es in vielen Ländern, so auch in Österreich, Initiativen, die genau das anprangern. So bringt zum Beispiel die Autorin Veronika Bohrn Mena, die auch Sprecherin der Initiative Lieferkettengesetz in Österreich ist, dieses Problem akkurat auf den Punkt: „Konzerne beuten Menschen aus, verseuchen die Umwelt und schädigen das Klima. Sie schieben die Verantwortung für von ihnen verursachte Schäden auf die Ärmsten ab, die von ihrer Arbeit nicht mehr leben können, ihren Zugang zu Trinkwasser und ihr Land verlieren. Sie machen es, weil sie es können. Weil niemand sie zur Verantwortung zieht.“

## **Logistik**

Dass globale Lieferketten so funktionieren können, wie sie es tun, liegt wesentlich auch an Veränderungen in der Logistik, also dem Transport und der Verteilung der produzierten Waren. Schließlich ist das Outsourcing der Produktion für die Besitzer\*innen der Pro-

duktionsmittel nur dann sinnvoll, wenn es Profit verspricht, und dafür müssen die Transport-, Lager- und Verteilungskosten möglichst gering gehalten werden.

In der Diskussion werden die Begriffe Lieferkette, Wertschöpfungskette und Warenkette oft auch nebeneinander verwendet. Während die Lieferkette eher den Materialfluss meint, so bezeichnet Wertschöpfungskette die Struktur des Wertes, der an jedem Knotenpunkt der Kette, vom Rohstoffabbau bis zum Endprodukt, generiert wird. Die Logistik hat ihren Ursprung eigentlich im Militär, in der Truppenbewegung und der Organisation des Nachschubs. Selbstverständlich hat sie auch im Handel eine lange Geschichte. Aber besonders in den letzten Jahrzehnten gab es eine derart rapide Transformation, dass gemeinhin sogar von einer „Logistikrevolution“ gesprochen wird.

## **Was Corona damit zu tun hat**

Eine wesentliche Entwicklung ist die Einführung des Containers (präziser: des standardisierten ISO-Containers) durch den Reeder Malcolm McLean 1956. Diese Container ermöglichten den Transport viel größerer Frachtmengen, da sie leicht auf verschiedene Verkehrsmittel (Schiff, Lkw, Eisenbahn etc.) umgeladen werden können – und das noch dazu auch viel stärker automatisiert als früher. Dadurch wurden nicht nur die Transportkosten massiv gedrückt, sondern auch die benötigte Arbeitskraft in Häfen drastisch reduziert.

Ab Mitte der achtziger Jahre verbreitete sich die sogenannte Just-in-time-Produktion und -Distribution. Das Ziel: den Materialfluss möglichst zu optimieren und die Reibungspunkte entlang der Lieferketten zu minimieren. So trat zum Beispiel das Verteilerzentrum an die Stelle des „behäbigen“ Lagers, an dem die Lieferketten „unterbrochen“ wurden. Im 21. Jahrhundert explodierte dieses Modell dann so richtig, vor allem mit der Verbreitung des Internets und der Entwicklung des Onlinehandels.

COVID-19 hat nun die globalen Warenketten aus mehrerlei Gründen ins Zentrum gerückt. Zum einen brach durch die Pan-

# DREI FRAGEN ZU LIEFERKETTEN

demie der internationale Handel – zumindest zeitweise – ein, die Stilllegung eines Großteils des öffentlichen Lebens und gesperrte oder zumindest stärker kontrollierte Grenzen führten teilweise zu Stopps in den Lieferketten. Hier zeigt sich dann auch die Auswirkung der Just-in-time-Produktion. Wenn aber plötzlich die Lieferung von Waren aus Produktionsstätten des globalen Südens gestoppt wird, dann bedeutet das auch Massenarbeitslosigkeit für diejenigen, die ohnehin schon unter miserablen Bedingungen und überausgebeutet produziert hatten. Diese Arbeiter\*innen leben von Monat zu Monat von ihrem viel zu niedrigen Gehalt, und staatliche Absicherungsmechanismen im Fall von Arbeitslosigkeit sind in vielen Ländern – nett ausgedrückt – unzureichend.

Zum anderen haben globale Warenketten einen wesentlichen Anteil an der Entstehung und der Ausbreitung des Virus, also letztendlich an der ganzen Pandemie. Ein wichtiger Faktor bei der Entstehung der Pandemie, besonders bei der Übertragung des Virus auf den Menschen, spielt die industrielle Landwirtschaft und Fleischproduktion, das sogenannte „Land Grabbing“ großer Konzerne, die massive Rodung von Wäldern und dergleichen Praktiken mehr, die enorme ökologische Verwerfungen auslösen. Was die Verbreitung betrifft, so zeigt sich, dass sich das Virus entlang globaler Warenketten ausgebreitet hat und daher sehr schnell von China in die USA und nach Europa gelangen konnte, während Lateinamerika und Afrika zuerst noch kaum betroffen waren. Einer Schätzung von Dun & Bradstreet zufolge haben 51.000 Konzerne weltweit Zulieferfirmen in Wuhan! Pandemien haben sich historisch immer durch Kriege und Handel ausgebreitet, aber die Geschwindigkeit, mit der dies heute passiert, ist neu und hängt direkt mit den Warenketten zusammen.

Die Corona-Pandemie ist also nicht zu verstehen, wenn die Organisation der Produktion und des Transports von Waren im zeitgenössischen Kapitalismus nicht in Betracht gezogen wird. Und ohne eine solche Sichtweise und Schritte hin zu einer Veränderung dieses Systems wird das eigentliche Problem auch nicht zu lösen sein. ▮

**Michael Soder**

Ökonom und Referent Energiepolitik in der AK Wien

## **Wie profitieren österreichische Konzerne von internationalen Wertschöpfungsketten?**

Gerade für Österreich als kleine, offene Volkswirtschaft ist der Export von Gütern und Dienstleistungen ein wichtiger Faktor für die heimische Wirtschaft und ein Treiber für die Konjunktur. 2019 wurden rund 158 Milliarden Euro an Gütern und Dienstleistungen eingeführt und rund 153 Milliarden Euro exportiert. Österreich ist damit stark in internationale Produktionsketten und Handelsströme eingebunden.

## **Welchen Beitrag kann ein Lieferkettengesetz zur sozial-ökologischen Transformation leisten?**

Vereinfacht gesagt: Heimische Unternehmen sollen Verantwortung für die Umwelt- und Arbeitsbedingungen entlang ihrer Lieferkette übernehmen und dafür auch rechenschaftspflichtig werden. Denn weltweite Liefer- und Wertschöpfungsketten sind bisher oft durch massive Umweltschäden, Menschenrechtsverletzungen und kaum vorhandene Arbeitsstandards in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt. Um „gute Arbeit für alle“ und einen nachhaltigen Umgang mit der Umwelt und den natürlichen Ressourcen zu gewährleisten, braucht es eine rechtliche Basis.

## **Welche Rolle können Gewerkschaften in Österreich und Europa dabei spielen?**

Gewerkschaften, Umwelt-NGOs und Zivilgesellschaft setzen sich gemeinsam für einen faireren Welthandel und bessere Umwelt- und Arbeitsbedingungen ein, wie über die aktuellen Initiativen für ein Lieferkettengesetz zur Unternehmensverantwortung. Diese Bemühungen werden auch deshalb stark von den Gewerkschaften geprägt, da Sozial- und Arbeitsstandards für sie von jeher zentrale Themen sind. Und deshalb auch eine der wesentlichen Triebfedern für die Durchsetzung verbesserter Standards und die Wahrung sozialer, arbeitsethischer und ökologischer Verantwortung.

# Kommt Zeit, kommt Zahltag!

*Seit vielen Jahren steht die Besteuerung multinationaler Konzerne im Fokus der Politik – substantiell weitergegangen ist bislang so gut wie nichts. Doch Mitte 2021 könnte endlich etwas passieren. Die einen aber sehen das Glas halb leer, die anderen halb voll.*



TEXT WERNER REISINGER

Wer kennt Sätze wie diesen nicht: „Wir brauchen eine moderne Konzernbesteuerung, die gewährleistet, dass die Gewinne dort versteuert werden, wo sie anfallen.“ Das Zitat ist aber keineswegs dem aktuellen Politikgeschehen entnommen, auch wenn man dies vielleicht annehmen würde. Es ist über sieben Jahre alt und entstammt einer Aussendung des damaligen SPÖ-Finanzstaatssekretärs Andreas Schieder, heute EU-Abgeordneter, der im Juli 2013 die 2005 vom damaligen ÖVP-Finanzminister Karl-Heinz Grasser eingeführte Gruppenbesteuerung von großen Unternehmen und Konzernen kritisiert hatte.

Gruppenbesteuerung, das bedeutet, dass eine Konzerngruppe mit Sitz in Österreich mehr oder weniger in den Genuss eines Ausgleichs von Gewinnen und Verlusten zwischen ihren jeweiligen Nie-

derlassungen im In- und Ausland kommt – und so steuerlich Vorteile erlangt. Mit dem Thema Steuerverschiebung von Großkonzernen war dann auch der spätere SPÖ-Kanzler Christian Kern 2017 in den Wahlkampf gezogen – ein Strafzuschlag bei Gewinnverschiebungen oder ein Verbot von Briefkastenfirmen in Steueroasen stand etwa in Kerns „Plan A“. Doch Hans Jörg Schelling, unter anderem in der Regierung Kern ÖVP-Finanzminister, hielt davon – wenig überraschend – herzlich wenig. Mehrmals stellte er sich in den vergangenen Jahren gerade auf europäischer Ebene nicht nur gegen neue Modelle der Konzernbesteuerung, sondern auch gegen mehr Transparenzvorschriften für multinationale Konzerne in Steuerfragen.

Dennoch: Die Politik trägt das Thema seit Jahren vor sich her – Konzerne stärker besteuern, Gewinnverschiebungen bekämpfen,

Steuerschuldfächer schließen etc. stehen stets auf der Agenda. Immerhin: Das öffentliche Bewusstsein wird größer. Dass beispielsweise Internetkonzerne wie Facebook oder Google, aber auch Konzerne wie Starbucks in Österreich so gut wie keine Steuern zahlen, ist vielen Österreicher\*innen inzwischen bekannt. Enthüllungen wie die „Panama Papers“ oder „Lux Leaks“ durch internationale Journalist\*innenteams sorgten für Schlagzeilen und erhöhten den Druck auf die Politik weiter.

## Profit Shifting

Was den europäischen Staaten durch die Steuerpraxis multinationaler Konzerne an Geld entgeht, ist beträchtlich: Rund 1,3 Milliarden Euro waren das 2018 laut einer Studie des Momentum-Instituts und der Universität Groningen. Nationale Maßnahmen, die auch Österreich bereits eingeführt hat, wie zum Beispiel ein sogenanntes Abzugsverbot für Zins- und Lizenzentnahmen, erschweren die Praxis der Konzerne zwar, reichen aber bei Weitem nicht aus. Das Problem ist im wörtlichen Sinne transnational – und hochkomplex.

Stark vereinfacht gesagt: Dort, wo die Wertschöpfung erzielt und die Umsätze gemacht werden, fallen nicht immer auch die Gewinne an, erklärt Dominik Bernhofer, Leiter der Abteilung Steuerrecht der AK Wien. „Das nationale und internationale Steuerrecht besteuert Konzerne nicht als Ganze, sondern alle Teilgesellschaften extra. Und das erlaubt Gestaltungen und Tricks.“ Dabei kann beispielsweise eine Gesellschaft der anderen Lizenzen auf Produkte oder für die Verwendung des Markennamens verkaufen und so die in einem Staat erzielten Gewinne in einen anderen Staat verschieben. Von „Profit Shifting“, also Gewinnverschiebung, sprechen daher die Wirtschaftswissenschaftler\*innen. Konzerne verschieben ihre Gewinne dorthin, wo sie weitaus weniger Steuern zahlen als in Österreich, wo sie wirtschaften.

## Niedrigsteuerländer

Das „Profit Shifting“, erklärt Bernhofer, ist aber nur ein Teil der Problematik. Bei den Digitalkonzernen, wie Google, Facebook oder auch Amazon, kommt noch das Problem der digitalen Präsenz hinzu – also die Möglichkeit, ohne feste Geschäftseinrichtung von Steueroasen aus Geschäfte zu machen. Diese Steuervorteile von Digitalkonzernen werden in der Darstellung häufig mit der Gewinnverschiebungsproblematik vermischt. Hier zeigt sich deutlich, dass die Steuergesetzgebung und damit die Politik von der ökonomisch-technischen Entwicklung überholt wurde, denn im Steuerrecht „ist die Steuerpflicht immer an eine physische Präsenz geknüpft“, erklärt Bernhofer. Genau das aber ist bei digitalen Konzernen nicht der Fall: Wer also beispielsweise in Österreich mit Google Geschäfte macht, schließt Verträge direkt mit dem Konzernsitz ab – und der befindet sich im Niedrigsteuerland Irland. Wer bei Amazon bestellt oder sich

auf „Prime Video“ einen Film kauft, schließt den Vertrag ebenso direkt mit dem Konzern mit Sitz im Steuerparadies Luxemburg ab. Dass es inzwischen Amazon-Auslieferungslager in Österreich gibt, tue steuerrechtlich kaum bis gar nichts zur Sache, sagt Bernhofer. Ihre Funktionen seien gering, daher bleibe kaum Gewinn hängen.

Seit Jahren fordern Gewerkschaften, Arbeiterkammer und zahlreiche NGOs wie auch prominente Ökonom\*innen nicht nur eine Gesamtkonzernsteuer – also die steuerliche Behandlung eines multinationalen Konzerns als Ganzes und die Aufteilung der Steuern auf die jeweiligen Staaten nach der jeweils dort erzielten Wertschöpfung –, sondern auch eine Lösung bei der Steuerproblematik der Digitalgiganten. Und obwohl auf internationaler Ebene seit Jahren um eine Veränderung gerungen wird und es nicht nur einzelne Staaten sind, die sich politisch querlegen, stehen die Chancen auf Verbesserungen aktuell nicht schlecht. Der Grund dafür: die Corona-Krise. Auch das klingt wieder fürchterlich komplex, also der Reihe nach.

## Klingt schwierig, wäre ganz einfach

Hinter der Abkürzung „BEPS“ (Base Erosion and Profit Shifting) verbirgt sich ein bereits sieben Jahre andauernder, internationaler Verhandlungsprozess. Es ist der Versuch der Steuer-Taskforce der OECD, auf möglichst breiter Basis – das Inclusive Framework, das die Entscheidungen trifft, hat mittlerweile über 130 Mitglieder – eine international koordinierte und verbindliche Eindämmung von Gewinnverschiebungen zu erreichen. In einem ersten Schritt – genannt BEPS 1.0 – gelang es der Staatengemeinschaft, erste Regelungen gegen die Steuertricks zu vereinbaren. Konzerne müssen nun zum Beispiel gesonderte Berichte ihrer Steuerpolitik an die jeweiligen Finanzbehörden abliefern – für Bernhofer ein Beweis, dass die OECD in der Lage ist, wirksame Lösungen zustande zu bringen.

Mit BEPS 2.0 dagegen geht es ans Eingemachte: Für Mitte des laufenden Jahres ist eine finale Abstimmung über das nun entwickelte Konzernbesteuerungs-Konzept angesetzt. BEPS 2.0 besteht aus zwei „Säulen“ (siehe Kasten): Säule 1 betrifft die Neuaufteilung der Besteuerungsrechte und damit die Frage genau jener Digitalgiganten – hier sind vor allem die USA der zentrale Player. Nicht nur für mittlerweile Ex-Präsident Trump war eine geplante Umverteilung der von Google und Facebook zu zahlenden Steuern logischerweise wenig attraktiv, auch sein Nachfolger Joe Biden wird hier wohl amerikanische Interessen wahren. Säule 2 betrifft den – aus Sicht vieler Expert\*innen zentralen – Mindeststeuersatz, der dem „Profit Shifting“ der Konzerne ein Limit setzen würde. Während über den globalen Mindeststeuersatz weitgehend Konsens herrscht, gibt es viel Kritik an Säule 1. Aber warum?

„Die Lösung wäre recht einfach: Man betrachtet den gesamten Konzern und dessen Gesamtgewinn. Die Besteuerung wird dann gemäß der jeweiligen Wertschöpfung auf die Staaten aufgeteilt“,

# DREI FRAGEN ZU BEPS 2.0

## Wofür steht BEPS?

„Base Erosion and Profit Shifting“, kurz BEPS, bezeichnet den bei der OECD angesiedelten Prozess von mehr als 150 Ländern, darunter Österreich, zur Erlangung eines international harmonisierten Steuersystems, das die **Gewinnverschiebung** von transnational agierenden Großkonzernen verhindern bzw. **einschränken** soll.

**Ziel 1 /** Die Möglichkeiten und Schlupflöcher der Konzerne, ihre Steuerpolitik für sie selbst optimal zu gestalten, einerseits zu identifizieren und schließlich zu beseitigen.

**Ziel 2 /** Durch eine verstärkte Koordinierung und Zusammenarbeit soll der internationale Steuerwettbewerb, der zu einer Abwärtsspirale bei der Konzern- und Unternehmensbesteuerung (beispielsweise bei der Körperschaftsteuer KÖSt) führt, eingedämmt werden.

## Inwieweit betrifft das dann eigentlich Google, Facebook & Co?

„Säule 1“ des nun in Verhandlung befindlichen BEPS-2.0-Prozesses betrifft die Besteuerung von **Digitalkonzernen** wie Google oder Facebook. Hier geht es darum, digitale Betriebsstätten mit bisher für das Steuerrecht zentralen physischen Betriebsstätten gleichzusetzen, um so eine Besteuerung von digitalen Dienstleistungen zu erreichen, für die die jeweiligen Konzerne in den Staaten keine feste Geschäftseinrichtung betreiben – wohl aber daraus Umsätze lukrieren.

## Wie hoch wird der Steuersatz sein?

„Säule 2“ betrifft die Etablierung eines global gültigen Mindeststeuersatzes. Gestritten wird dabei sowohl über dessen Höhe als auch um die Frage, ob der Steuersatz auf den **Gesamtkonzern** bemessen wird oder auf die **einzelnen Konzernteile pro Land**. Und auch die Frage, wie genau die Bemessungsgrundlage eines solchen Steuersatzes berechnet werden soll, ist nach wie vor Gegenstand der Verhandlungen.

erklärt David Walch vom Netzwerk Attac. Genau das aber passiere gerade nicht, befürchtet er. Im Gegenteil – was jetzt am Tapet liege, würde bedeuten, dass künftig nur ein Teil der Gewinne nicht mehr verschiebbar wäre. Der Rest aber schon. Der Vorschlag der OECD sei nur ein kleiner Schritt in die richtige Richtung, allerdings werde das System dadurch noch komplizierter und damit auch missbrauchsanfälliger.

Das Kernproblem von BEPS 2.0 sieht Walch aber auf der politischen Ebene: „Es geht um die Nähe der politischen Entscheidungsträger\*innen zur Privatwirtschaft.“ Dafür reiche allein in Österreich ein Blick auf die Finanzminister der letzten Regierungen: Hartwig Löger etwa kam aus dem Uniqa-Konzern, bereits erwähnter Hans Jörg Schelling aus dem Lutz-Konzern. „Wenn Leute im Ministerium sitzen, die auch Konzerninteressen vertreten, ist es kein Wunder, wenn die sich mit Händen und Füßen gegen eine fundamentale Veränderung wehren“, sagt Walch. Ein weiteres Problem: das „freundschaftliche Verhältnis“ zwischen den Großkonzernen und den großen Wirtschafts- und Steuerprüfungsfirmen wie KPMG oder PricewaterhouseCoopers.

Und damit nicht genug, sitzen diese Agenturen auch noch in einem Beratergremium der EU-Kommission. Zumindest Befangenheit ortet Walch auch in der Wissenschaft: Häufig würden solche Professor\*innen an Hochschulen forschen, die gleichzeitig eigene Steuerberatungskanzleien betreiben. Wohl ein Mitgrund, wieso ein auf wissenschaftlicher Expertise basierender öffentlicher Druck auf die Politik nur schwer zustande komme.

Eine Beobachtung, die AK-Steuerexperte Bernhofer teilt: „Zivilgesellschaft und Gewerkschaften sind immer noch zu wenig präsent – auch wenn sich vieles gebessert hat.“ Es sind also nicht nur die Staaten mit ihren niedrigen oder hohen Steuersätzen, die streiten – es handelt sich vor allem um einen politischen Kampf in den Staaten selbst.

Auch wenn noch vieles zu tun ist, sind sich AK-Experte Bernhofer und Attac-Mann Walch einig, dass die bisher erreichte, erzwungene Transparenz zwar zu einem spürbaren Rückgang beim „Profit Shifting“ geführt habe. Beide betonen, wie wichtig es sei, dass die besagten Veröffentlichungspflichten der Konzerne gegenüber den Steuerbehörden künftig vollständig öffentlich gemacht werden müssen. Optimistisch zeigt sich auch WIFO-Steuerexpertin Margit Schratzenstaller: „In vielen Ländern erhöht die Corona-Krise die öffentliche Verschuldung massiv, und eine angemessene Besteuerung transnationaler Unternehmen kann einen Beitrag in einem ausgewogenen Konsolidierungskonzept leisten.“ Zudem erhöhen wohl die sozialen Verwerfungen, die die Corona-Krise mit sich bringt, den Druck auf eine effektive Besteuerung der multinationalen Unternehmen – ebenso wie die deutlich gestiegene Arbeitslosigkeit. Denn Arbeit müsse dann steuerlich entlastet werden – dadurch, dass sie durch eine höhere Besteuerung multinationaler Unternehmen gegenfinanziert wird. Zumindest die Chance auf Steuergerechtigkeit lebt also. ▀

# Was bewegt Beschäftigte in der Pflege?



**ALEXANDER GRIWATZ** BETRIEBSRAT CARITAS WIEN

Der Schutz vor einer COVID-Erkrankung unserer Patient\*innen sowie unser Selbstschutz stellen unseren Berufsstand auf neue Füße. Bleibt zu wünschen, dass das gesellschaftliche und politische Hohelied auf die Pflege während der Pandemie auch nach einem – hoffentlich durch die Impfung möglichen – baldigen Ende weitererklingen möge.



**KLAUS BRANDHUBER** BETRIEBSRAT IM DIAKONIEWERK SALZBURG

In der mobilen Betreuung und Pflege sind die Kolleg\*innen stark eingetaktet, sie haben nur wenig Zeit pro Einsatz. Damit die Kund\*innen die Fürsorge und Betreuung erhalten, die sie auch brauchen, ist der Zeitfaktor am wichtigsten. Im Moment kommt das Menschliche zu kurz. Die Kolleg\*innen wünschen sich mehr Zeit, höhere Löhne und mehr Personal.



**SONJA MÜLLNER** BR-VORSITZENDE WIENER PFLEGE- UND BETREUUNGSDIENSTE

Menschen in der extramuralen Pflege beschäftigen die schlechtere Entlohnung gegenüber den Kolleg\*innen im Spitalsbereich, die verschlechterten Arbeitsbedingungen aufgrund einer angespannten Personalsituation und kaum vorhandene Pausenmöglichkeit aufgrund der Lockdown-Situation. Sie möchten echte Wertschätzung, die auch praktisch spürbar wird.



**MANUELA VEITH** BETRIEBSRÄTIN CARITAS PULKAU, NIEDERÖSTERREICH

Der Pflegeberuf sollte in der Öffentlichkeit attraktiver beworben werden, damit er mehr an Ansehen gewinnt. Es braucht mehr Ausbildungsstellen für Fachpersonal, bessere Personalschlüssel und flexiblere Arbeitszeiten, damit der Beruf auch mit Familie besser vereinbar ist. Und vor allem: eine bessere Entlohnung für diesen schweren Beruf.



**JOŽEF ŠKODNIK** BR-VORSITZENDER-STV. KURATORIUM FORTUNA WIEN

Durch die Pandemie sind die Belastungen exorbitant angestiegen – und auch die Ängste. Ein Masterplan muss her! Gesamtgesellschaftliche Anstrengung und politischer Einsatz sind gefordert, um bessere Bedingungen in der Pflege zu schaffen. Was ist uns die Pflege wert? Pflegebedürftigkeit kann jeden von uns schon morgen ereilen. Und dann?

# Pflegefall

# Pflegesystem

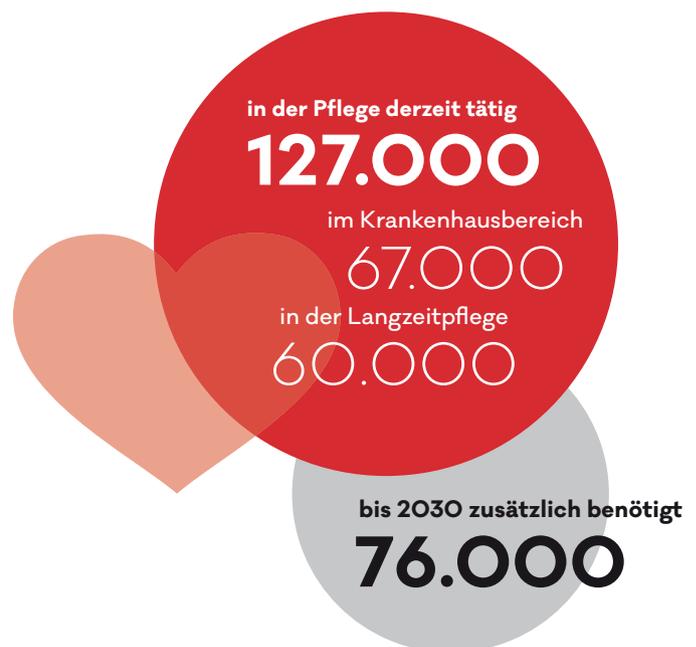
*Die Pflegeberufe sind in der Krise endlich als systemrelevant erkannt worden. Doch die Aufmerksamkeit hat nichts dazu beigetragen, die strukturellen Probleme, unter denen Pfleger\*innen leiden, zu mindern. Tritt man diesen Schwierigkeiten nicht entgegen, erwartet uns in naher Zukunft ein Pflegenotstand.*

TEXT SEBASTIAN PANNY

Es sind harte Sätze: „Ich liebe meinen Beruf, aber ich verzweifle daran. Die Arbeit am Menschen erfordert auch eine soziale Betreuung, die unter dem ‚Abfertigen‘ nicht mehr möglich ist, und das wirkt sich auf die Patienten und auf mich als Pflegeperson aus.“ Oder: „Ich würde nie wieder diesen Beruf wählen, obwohl ich gerne Pfleger bin.“ Diese Zitate stammen aus einer Online-Umfrage, die die Arbeiterkammer Wien 2018 unter den Gesundheitsberufen durchgeführt hat. Der Tenor, speziell bei den Pfleger\*innen, lautete schon damals: Das Problem liegt nicht an dem, was man macht. Den Beruf an sich üben die meisten Befragten nämlich sehr gerne aus. Es sind vielmehr die Umstände, die den Pflegenden zu schaffen machen. Und die Probleme der Berufsgruppe werden bald schon zu schwerwiegenden Konsequenzen für die gesamte Bevölkerung führen, wenn keine Lösungen gefunden werden.

Die Corona-Krise hat die Pfleger\*innen, zumindest für kurze Zeit, zu Held\*innen werden lassen. Plötzlich waren sie systemrelevant, wurden von Medien und Politik beklatscht und gefeiert. Der Applaus ist jedoch längst verhallt, strukturelle Probleme konnten dadurch keine gelöst werden. Und ob diese überhaupt erkannt wurden, ist fraglich. Auf die Frage, warum ein so wichtiger Beruf so gering bezahlt werde, antwortete der neue Arbeitsminister Martin Kocher (ÖVP) bei seinem Antrittsinterview kürzlich in der „ZiB 2“ sinngemäß: Die Löhne der Berufsgruppe würden sich eben nach

## Arbeitnehmer\*innen im Pflegebereich



# *„Der Pflege wurde in Österreich lange Zeit geringe Wertschätzung entgegengebracht. Als sei es eine Arbeit, die man so nebenbei erledigt.“*

Martina Lackner, Pflegeexpertin des ÖGB

Angebot und Nachfrage richten. Doch nach dieser Logik müssten Pflegende eigentlich zu den Spitzenverdiener\*innen gehören.

Denn es gibt einen massiven Personalmangel in der Pflege. „Es wird immer schwieriger, ausreichend Personen zu finden, die die Pflege in den Krankenhäusern und in der Langzeitpflege durchführen. Dieses Problem gab es vorher schon, aber es ist in der Krise noch einmal deutlicher geworden“, sagt Kurt Schalek, Referent in der Abteilung Gesundheitsberuferecht und Pflegepolitik der AK Wien. Die zentrale Frage aktuell laute, wie man langfristig wieder mehr Menschen für diese Berufe gewinnen könne. Denn der Bedarf an Personal wird in den kommenden Jahrzehnten sehr schnell steigen.

## **Pflegenotstand**

Wie hoch dieser Bedarf genau ist, wurde 2019 vom Sozialministerium in einer Pflegepersonal-Bedarfsprognose ermittelt. Demnach sind zurzeit etwa 127.000 Menschen im Pflegebereich tätig, 67.000 davon im Krankenhausbereich und 60.000 in der Langzeitpflege. Schon jetzt mangelt es an Personal. Doch die Gesellschaft wird immer älter, der Bedarf an Pflege steigt somit an. Gleichzeitig erwartet uns in den nächsten Jahren eine große Pensionierungswelle bei den Pfleger\*innen. Es wird davon ausgegangen, dass bis 2030 76.000 zusätzliche Personen in der Pflege benötigt werden. Also wesentlich mehr als die Hälfte derer, die momentan in diesem Bereich arbeiten. „Wir haben bereits jetzt einen Pflegenotstand. Und wenn wir nichts machen, wird sich dieser dramatisch vergrößern“, sagt Martina Lackner, Pflegeexpertin vom ÖGB.

Es gibt noch einen weiteren Grund, warum der Bedarf an Pflegepersonal steigen wird: Die informelle Pflege – also die private,

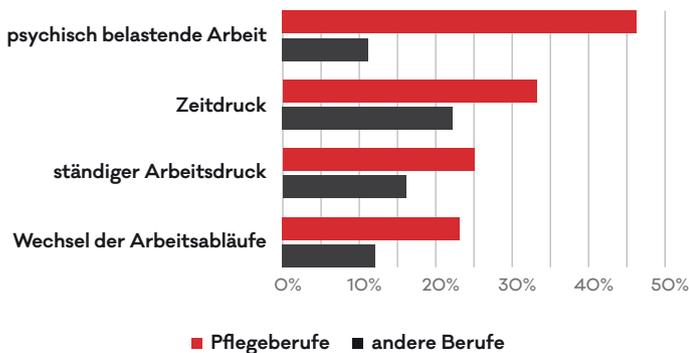
unbezahlte Pflegearbeit – wird zwangsläufig weniger werden. Fast eine Million Menschen pflegen aktuell in Österreich ihre Angehörigen, vier von zehn Pflegebedürftigen werden ausschließlich von Verwandten betreut. Zum großen Teil wird diese Aufgabe von Frauen ausgeführt. Doch die Familien werden kleiner, und Frauen gehen vermehrt arbeiten – den Menschen wird es an Kraft und Zeit fehlen, sich in diesem Ausmaß um Pflegebedürftige innerhalb der Familie zu kümmern.

Die private Pflege ist eine gesellschaftliche Tradition, die gerade hierzulande stark verankert ist. In den nördlichen Ländern Europas, wie etwa in Skandinavien oder den Niederlanden, liegt der Anteil an Pflegebedürftigen, die von Angehörigen gepflegt werden, bei etwa zehn Prozent – in Österreich sind es 84 Prozent. Pflege ist eine Sorgeleistung, die bei uns traditionell zu Hause und von Frauen ausgeführt wird. „Der Pflege wurde in Österreich lange Zeit geringe Wertschätzung entgegengebracht. Als sei es eine Arbeit, die man so nebenbei erledigt. Man sieht dabei nicht, dass es eine schwere und belastende Arbeit ist“, sagt Lackner, „in der Krise hat man zumindest erkannt, wie wichtig sie ist.“ Auch die professionelle Pflege übernehmen zum überwiegenden Teil Frauen: Über 70 Prozent der Arbeitnehmer\*innen in diesem Bereich sind weiblich. Frauenberufe werden generell schlechter bezahlt und haben ein geringeres gesellschaftliches Ansehen.

## **Viel zu geringe Löhne**

Das Image der Berufe mag sich durch die Corona-Krise etwas gebessert haben, die niedrige Bezahlung ist gleich geblieben. Pflegeassistent\*innen verdienen beispielsweise etwa 1.500 Euro netto im

## Hohe Belastungen in Pflegeberufen



Monat. „Die Bezahlung ist natürlich wichtig, denn wir bemessen danach immer noch die gesellschaftliche Wertschätzung. Doch sie ist nicht das wichtigste Thema“, meint Kurt Schalek. Denn die größten Schwierigkeiten in den Pflegeberufen betreffen die Arbeitsbedingungen. Man müsse die Personalausstattung genauer bestimmen und die Personaldecke erhöhen. Denn Pflegenden haben den Beruf ergriffen, weil sie sich um Menschen kümmern und sie unterstützen wollen. „Doch dieser Aspekt findet aufgrund des Zeitdrucks immer weniger statt“, so Schalek.

Der niedrige Personalstand führt dazu, dass ein herausfordernder Beruf noch schwieriger wird. Schon vor der Krise gaben bis zu drei Viertel der Beschäftigten an, regelmäßig länger zu arbeiten als vereinbart. Wer ungewollt mehr arbeiten muss, denkt häufiger daran, den Beruf zu wechseln. Und die Corona-Krise wirkt dabei noch einmal verstärkend. Laut Arbeitsklima-Index der AK Oberösterreich fühlte sich fast die Hälfte der Pflegenden durch ihren Beruf während der Krise psychisch belastet – bei anderen Berufen lag dieser Wert bei nur zehn Prozent. Jede vierte Person im Pflegebereich litt unter erhöhtem Zeitdruck und musste Überstunden machen. Und nicht einmal vier von zehn Personen, die im Pflegebereich arbeiten, gaben an, dass sie ihren Beruf bis zur Pensionierung durchhalten werden.

### Unattraktive Perspektiven

Diese Umstände führen nicht nur dazu, dass Pfleger\*innen aus dem Beruf ausscheiden. Sie bewirken auch, dass viele den Beruf erst gar nicht wählen, weil er zu wenig attraktiv ist. „Solange die Bedingungen so schlecht sind, verliere ich viele jener Menschen, die sich für

den Job interessieren“, so Schalek. Das merke man auch daran, dass sich jüngere Pfleger\*innen in Umfragen unzufriedener mit ihrem Beruf zeigen als ältere. Sie wünschen sich eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie Freizeit, mehr berufliche Entwicklungsmöglichkeiten und bessere Bezahlung. Dabei müssten speziell junge Menschen verstärkt angesprochen werden, um den drohenden Pflegenotstand zu verhindern.

Um dem entgegenzuwirken, will die Regierung ab 2021 eine Pflegelehre starten. Doch diese wird sowohl von Arbeitnehmervertreter\*innen als auch Arbeitnehmer\*innen kritisiert. „Wenn ich mit 15 Jahren die Lehre starte, darf ich wegen europarechtlicher Bestimmungen gar nicht am Patienten arbeiten. Bis man 17 ist, kann man also nur Theorie machen. Da geht das Prinzip des dualen Systems in der Lehrlingsausbildung komplett verloren“, erklärt

„Es wird immer schwieriger, ausreichend Personen zu finden, die in Krankenhäusern und der Langzeitpflege arbeiten wollen“, konstatiert Experte Kurt Schalek von der AK Wien.





In der Krise habe Österreich endlich erkannt, wie wichtig die Pflege sei, meint ÖGB-Pflegeexpertin Martina Lackner. „Das ist keine Arbeit, die man so nebenbei erledigt.“

Martina Lackner. Die Verschränkung von Theorie und Praxis, welche die Lehre erst sinnvoll macht, falle somit komplett weg. Die Expertin sieht Chancen eher darin, bestehende Strukturen weiter auszubauen. Und die schwierige Situation am Arbeitsmarkt könne man für Umqualifizierungen nützen. „Das Problem ist aber, dass man dafür momentan nur einen geringen Betrag bekommt, von dem nur die wenigsten leben können“, sagt Lackner.

Egal, wie man es anstellen will: Um die Pflege attraktiv zu machen, braucht es mehr Personal, verbesserte Arbeitszeiten und höhere Löhne. Und alle diese Maßnahmen erfordern vor allem eines, nämlich Geld. Wie soll man das alles in der wohl größten Krise seit Ende des Zweiten Weltkriegs finanzieren?

### Jeder Euro bringt 70 Cent zurück

„Man muss sich vor Augen führen, dass das Geld, das die öffentliche Hand in diesem Bereich ausgibt, ja nicht verschwindet“, sagt Kurt Schalek. Eine Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO) zeigt zwar, dass die öffentlichen Ausgaben im Pflegebereich bis 2050 um 360 Prozent auf etwa neun Milliarden Euro ansteigen werden. Doch gleichzeitig hat die Studie auch ergeben, dass 30 Prozent der Ausgaben durch Steuern und weitere 40 Prozent durch Sozialversicherungsbeiträge wieder zurückfließen; also 70 Cent für jeden Euro, der in das Pflegesystem

investiert wird. Und darüber hinaus wird dadurch eine Vielzahl an Arbeitsplätzen geschaffen und der Sozialmarkt gestärkt.

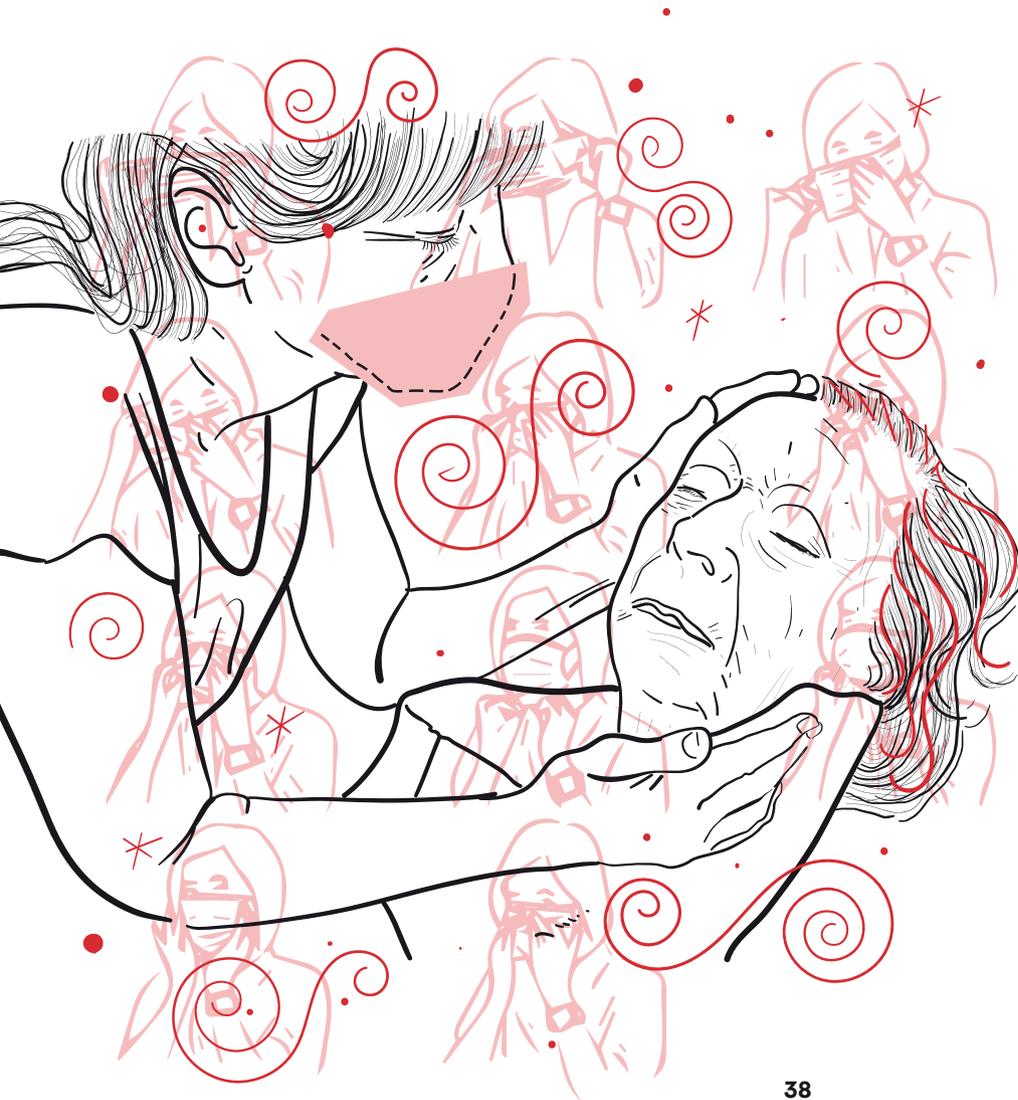
Zudem gebe Österreich im Vergleich relativ wenig Geld aus. „Die Ausgaben sind sicher kein unlösbares Problem. In Österreich lagen sie bei etwa 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Im Vergleich dazu geben andere Länder wesentlich mehr für ihr Pflegesystem aus, wo bis zu drei Prozent des BIP darin investiert werden. Das ist also grundsätzlich machbar“, sagt Schalek. Im europäischen Vergleich bewegt sich Österreich momentan bei der Finanzierung im unteren Drittel. Die Finanzierung könne auch durch die Einführung einer Vermögenssteuer sowie einer Erbschaftssteuer abgesichert werden, so Martina Lackner.

Seit Oktober 2020 tagt die „Taskforce Pflege“ im Gesundheits- und Sozialministerium von Minister Rudolf Anschober, nun, ab Februar, sollen erste Ergebnisse vorliegen. Die Pläne sieht man vorsichtig positiv, doch die Fortschritte werden nur langsam voranschreiten. Denn wie so oft in Österreich gibt es auch hier eine Vielzahl an Beteiligten an diesem System, die natürlich alle mitreden möchten. Das reicht vom Finanzministerium bis zu den Ländern und Gemeinden, die erst mit an Bord geholt werden müssen. Doch inzwischen ist der Handlungsdruck hoch. „Wenn wir jetzt keine Fortschritte erzielen, werden wir das relativ schnell und deutlich merken“, so Kurt Schalek. Und dann trägt nicht nur das Pflegesystem selbst, sondern wirklich die ganze Gesellschaft Schäden davon. ▀

# Immer nur funktionieren müssen

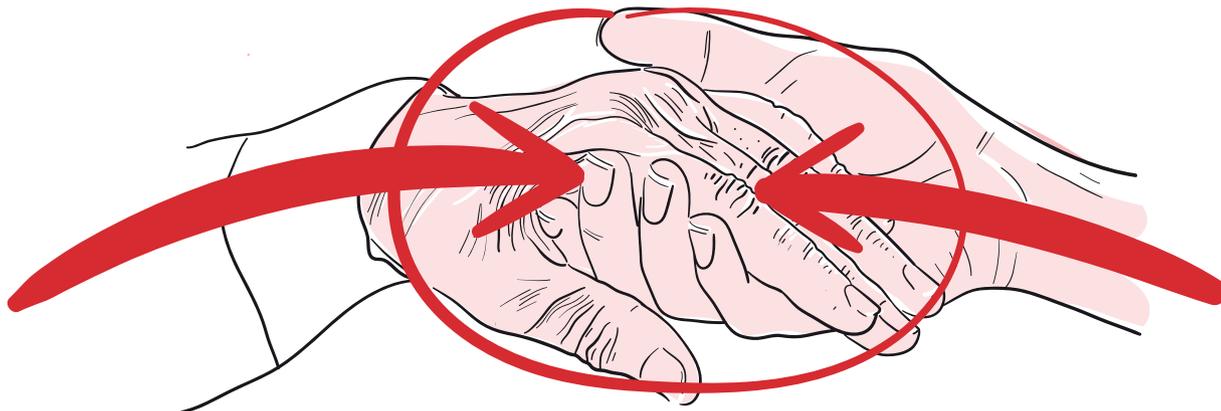
*Fast die Hälfte aller COVID-Todesfälle bisher sind in Alters- und Pflegeheimen zu verzeichnen. Wie geht es den Menschen, die inmitten der vulnerabelsten Gruppe arbeiten? Was hat sich seit Corona verändert? Und was wünschen sie sich? Wir haben eine Pflegekraft gebeten zu erzählen und mitgeschrieben.*

TEXT ANJA MELZER



Ich bin jetzt 56 Jahre alt und arbeite seit 26 Jahren als Altenpflegerin in einem oberösterreichischen Pflegeheim. 60 Bewohner\*innen leben hier, 22 davon auf meiner Station. Als ich in dem Beruf angefangen habe, war das ein wirklich schönes Arbeitsumfeld. Ja, Personalmangel hat immer geherrscht, aber als Kolleg\*innen haben wir immer zusammengehalten, das ging immer irgendwie. Es war schon fast familiär, kann man sagen. Jetzt nicht mehr. Zuerst kam das schleichend, da waren Personalwechsel und so weiter, doch die Corona-Pandemie spitzte alles extrem zu. Wir arbeiten inzwischen völlig isoliert, manche Kolleg\*innen sehe ich oft wochenlang gar nicht. Aufgrund der Corona-Maßnahmen werden die einzelnen Stationen bei uns im Pflegeheim voneinander abgeschirmt, und die Mittagspausen, wo wir uns sonst immer ausgetauscht haben – das war so wichtig für mich –, sind jetzt so gestaffelt, dass wir uns möglichst gar nicht mehr begegnen. Ich bin – und ich hätte nie gedacht, dass ich das einmal sagen werde – auf der Arbeit quasi nur noch allein.

Nur drei Pflegekräfte bei uns auf der Station sind Vollzeit angestellt, darunter auch ich. Alle anderen sind auf Teilzeit. Die Tagdienste dauern von sieben Uhr in der Früh bis halb acht Uhr am Abend, die Nachtschicht von sieben Uhr am Abend bis kurz nach sieben Uhr in der Früh. Tagsüber arbeiten wir zu zweit, gemeinsam mit einer Heimhilfe, die ist aber nur bis Mittag da. Die durchschnittliche Pflegestufe der Bewohner\*innen auf meiner Station ist Stufe 4, das bedeutet, einige sind komplett bettlägerig. Am Nachmittag sind wir also zu zweit für die ganze Station zuständig. Es wäre für



uns eine riesige Erleichterung, wenn die Heimhilfe den ganzen Tag da wäre, dann wären wir wenigstens zu dritt. Im Durchschnitt muss ich zusätzlich zwei Sonntage und fünf Nachtschichten im Monat arbeiten. Die Nächte sind sehr anstrengend, gerade wenn ich immer wieder einzelne Bewohner\*innen, die sich selbst nicht mehr oder nicht mehr gut bewegen können, umlagern oder aufs WC bringen muss. Zwischendrin müssen ständig einzelne gewickelt werden. Es ist immer irgendwas.

### Beleidigungen

Was das Arbeiten gerade besonders beschwerlich macht: Wir müssen seit Monaten unglaublich viel Verwaltungsaufgaben und Papierkram zusätzlich bewältigen. Wenn die Bewohner\*innen Besuch kriegen, müssen wir uns erst einmal um Formulare kümmern, bei den Angehörigen Fieber messen, Testergebnisse kontrollieren, die einen rein-, die anderen rauslassen und so weiter. Was die ganze Situation noch verschärft, ist der Ton, mit dem uns viele begegnen. Manche Angehörigen sind richtig beleidigend. Das habe ich in mehr als zwei Jahrzehnten noch nie erlebt! Sie reagieren ihre Wut auf die Corona-Maßnahmen an uns ab – aber wir Altenpfleger\*innen haben die Regeln doch nicht erfunden?! Wir müssen uns an unsere Vorschriften halten und schauen, ob alle Auflagen eingehalten werden, vor allem zum Schutz der Bewohner\*innen. Mich haben Angehörige beschimpft, wir würden die Menschen böswillig einsperren! Das nimmt mich jedes Mal richtig mit.

Manche halten sich auch nicht an die Maskenpflicht in den Besuchsräumen.

Wenn ich sie darauf aufmerksam mache, werde ich wieder nur angeblafft, oder sie ziehen die Maske widerwillig hoch – bis unter die Nase. Das ist schlimm. Und all das bedeutet: Ich kann meine eigentliche Arbeit nicht machen, mich nicht um die Bewohner\*innen kümmern. Die müssen ständig auf mich warten. Dabei brauchen sie oft genau das: dass wir uns hinsetzen, ihnen zuhören und mit ihnen Gespräche führen. Viele müssen darüber sprechen, was sie gerade belastet oder was daheim bei der Familie passiert. Die Zeit fehlt jetzt.

Und man darf ja auch nicht vergessen: Viele Bewohner\*innen sind dement, die verstehen im Grunde gar nicht, was da vor sich geht, dass wir in einer Pandemie leben. Viele vereinsamen, weil Besuche rapide abgenommen haben. Sie weinen deshalb oft. Es gibt zum Beispiel einen Bewohner, der ständig Bauchweh bekommt – aber in Wahrheit schmerzt nicht sein Bauch, sondern die Seele.

### *Ich frag mich oft: Wie soll die Zukunft in diesem Job aussehen?*

Und auch wir als Pflegekräfte müssen die Belastung ja irgendwie verarbeiten. Wenn ich nach der Schicht heimkomme, schaffe ich es oft nicht, mich überhaupt noch mit meiner eigenen Familie zu unterhalten. Ich hab' einfach keine Kraft mehr. Dann sitze ich vorm Fernseher, schlafe ein, und am nächsten Tag startet das Rad von vorne. Ich hätte öfter gerne einfach nur mal ein paar Tage länger frei, damit ich auch im Kopf abschalten kann.

Wenigstens haben wir inzwischen gute Schutzausrüstung, zu Beginn der Krise war das noch ganz anders. Da habe ich mich damals auch beschwert, das war echt unhygienisch. Doch mit den FFP2-Masken kann ich persönlich gut arbeiten. Ich bin auch schon geimpft. Einige meiner Kolleg\*innen sträuben sich jedoch noch. Sie sagen, sie wollen nicht die Versuchskaninchen der Nation sein. Wir müssen alle retten, während andere Ski fahren gehen.

Der Corona-Tausender kam nie. Einmal haben wir 500 Euro extra bekommen. Diese 250 Euro-Bonuszahlungen jetzt kriegt man nur, wenn man auch mit Corona-Patient\*innen arbeitet. Weil wir aber keinen positiven Fall haben, gehen wir leer aus. Das finde ich ungerecht. Wir bemühen uns mit allen Kräften, Corona im Heim zu verhindern – und fallen deshalb um die Belohnungszahlung um. Keine einzige meiner Kolleg\*innen ist in den Urlaub oder ins Ausland gefahren, so viele von uns verzichten auf private Treffen, um uns auf keinen Fall zu infizieren und das Virus herinzuschleppen. Denn das ist unsere größte Angst. Wir schränken uns alle privat so massiv ein, wissen das andere Menschen überhaupt?

Ich frag mich oft: Wie soll die Zukunft in diesem Job aussehen? Ein wichtiger Schritt für mich wäre eine Arbeitszeitverkürzung, allein schon, um den Beruf attraktiver zu machen. Aber das ist so weit entfernt, ob ich das noch erlebe? Uns hört keiner zu. Es braucht einfach eine Veränderung von oben. Es muss uns jemand vertreten, unsere Wünsche. Nicht nur die Zahlen und was sich für die Träger und Unternehmen am Ende rechnet. ▀

# Endlich wieder ein Leben haben

*Eine alternde Gesellschaft, dringender Personalbedarf und Überlastung in der Pflege: Aus dem Notstand der Pandemie müssen wir für den absehbaren Pflege-notstand die richtigen Schlüsse ziehen, fordert Anna Daimler, Generalsekretärin der Gewerkschaft vda.*

INTERVIEW MICHAEL MAZOHL



**Arbeit&Wirtschaft: Erinnern wir uns kurz an das vergangene Jahr: Wir haben dem Pflegepersonal aus dem Fenster applaudiert, sie waren unsere Held\*innen. Das war aber auch schon alles. Was muss eigentlich noch passieren, dass sich dieser Held\*innenstatus in Form von angemessener und fairer Bezahlung und besseren Arbeitsbedingungen niederschlägt?**

Daimler: Vorweg glaube ich, jetzt ist zuallererst wichtig, den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz an den unterschiedlichen Pflege- und Betreuungspunkten sicherzustellen. Also dass klar ist: Wer wird getestet, für wen stehen Impfungen zur Verfügung. Dann macht es einfach einen Unterschied, ob wir von stationärer Pflege sprechen, über die mobilen Dienste oder über die 24-Stunden-Betreuung.

Ganz grundsätzlich ist es so, dass die Beschäftigten immer mehr das Gefühl haben, sie können ihren eigentlichen Auftrag nicht mehr gut erfüllen. Der ist oft mit einer hohen Selbstmotivation verbunden – sie wollen die Patient\*innen und Klient\*innen gut versorgen. Das ist aber nicht mehr leistbar, weil wir durch den Personalmangel und eine Art von Pflegeindustrie in die Situation gekommen sind, dass die Arbeit minutengenau getaktet ist. Und wenn etwas mit einer Patient\*in nicht so funktioniert, wie es sollte, dann gerät das ganze Werk durcheinander.

**Oder es erkranken die Beschäftigten selbst ...**

Klar, dann reduziert sich das Personal noch einmal, das trifft dann wieder diejenigen, die nicht erkrankt sind. Die müssen das kompensieren.

*„Wir haben jetzt mit Corona gelernt, dass plötzlich sehr viel Geld da ist, wenn es politisch gewünscht ist.“*

Anna Daimler, Gewerkschaft vida

**Diese Problemstellungen im Pflegebereich waren letztendlich schon vor der Pandemie bekannt, oder?**

Der Personalmangel in der Pflege ist nicht durch die Pandemie entstanden, der war vorher schon da. Es ist nur jetzt der Fokus darauf gelenkt worden, was auch gut ist. Aber bekannt war der Mangel. Also ich meine, wenn eher liberale Wirtschaftsforschungsinstitute schon sagen: „Wir haben in der Pflege einen Mangel von mehreren tausend Personen“, dann ist echt Feuer am Dach.

**Um auf die Eingangsfrage zurückzukommen: Was muss jetzt passieren, damit die Arbeitsbedingungen und die Einkommen in der Pflege passen?**

Ein wesentlicher Faktor ist, endlich weg von dieser Industrialisierung der Pflege zu kommen. Wir brauchen definitiv mehr Personal, auch um die Patient\*innen gut zu versorgen. Ich glaube, jede\*r von uns hat Verwandte oder Bekannte, die durch einen Unfall oder aufgrund des Alters oder anderer Umstände Pflege oder Betreuung brauchen. Und da wünschen wir uns alle, dass diese Menschen, die uns nahestehen, gut versorgt sind. Am liebsten natürlich so, wie sie sich das selber wünschen.

Es macht heute einen großen Unterschied, ob man in Wien gepflegt wird oder in Vorarlberg, im Burgenland oder in Niederösterreich. Weil es keine einheitliche Regelung gibt, wie viel Arbeitskraft einem Patienten oder einer Patientin zur Verfügung steht. Das muss einheitlich geregelt werden, das ist wirklich unser wichtigster Punkt. Die Zahlen gehen auseinander und sind auch nicht besonders transparent, was auch bereits der Rechnungshof kritisiert hat.

**Da spielen auch die Pflegestufen eine Rolle.**

Genau, es richtet sich nach Pflegestufen. Um es kurz zu machen: Das ist eigentlich auch für die Bevölkerung nicht transparent. Da braucht es Qualitätsvorgaben aus Sicht der Bevölkerung und aus Sicht des Personals sowie eine deutliche und ganz klare Entlastung der Beschäftigten.

Dazu kommt: Im Prinzip brauchen die Beschäftigten mittlerweile auch ein Recht auf ein planbares Leben. Wir haben schon darüber gesprochen: Wenn Kolleg\*innen ausfallen, muss jemand einspringen. Das passiert in der Pandemie jetzt deutlich öfter. Die Einkommenssituation ist natürlich auch ein Thema, wenn es um die Attraktivität des Berufs geht.



**ANNA DAIMLER**

GENERALSEKRETÄRIN  
GEWERKSCHAFT VIDA

Die Betriebswirtin Anna Daimler war Generalsekretärin der Hochschüler\*innenschaft, Mitarbeiterin im Kabinett von Verkehrsminister Jörg Leichtfried und ist seit Dezember 2019 Generalsekretärin der Gewerkschaft vida.

**Wenn wir uns kurz die Kostenbrille aufsetzen, dann sehen wir zwei Notwendigkeiten: Einerseits braucht es höhere Einkommen, andererseits auch mehr Personal. Wie können wir das finanzieren?**

Ich denke, wir haben jetzt mit Corona gelernt, dass plötzlich sehr viel Geld da ist, wenn es politisch gewünscht ist. Letztendlich brauchen wir so etwas wie eine nationale Kraftanstrengung auch in der Pflege. Der Bedarf an Pflegekräften ist jetzt schon hoch, und wir werden als Gesellschaft immer älter.

Wenn man das mit einem nationalen Schulterchluss lösen will, dann brauchen wir einen Ausgleich auf beiden Seiten. Und mit der anderen Seite meine ich die Millionär\*innen. Das ist nichts Neues.

Entscheidend, wenn man dieses Thema jetzt endlich lösen will, sind aber der Bund und die Länder. Die Pflegefinanzierung ist im Moment nämlich Kompetenz der Länder. Wenn es den politischen Willen gibt, dann wird sich die Finanzierungsfrage auch lösen lassen.

**Wir sehen ja gerade jetzt, wie schnell sehr viel Geld verfügbar sein kann.**

Wenn man das als Notstand definiert, als Pflegezustand – so wie es die Pandemie ist, sollte das auch sein. Zum Beispiel war für die Rettung der AUA sehr viel Geld da oder schon 2008/09 für die Bankenrettung. Außerdem würde ein großer Teil wieder in das System zurückfließen, das zeigen ja auch verschiedene Studien. Denn es ist auch ein Vorteil für das Gesundheitssystem, wenn sich die Menschen dank besserer Pflege schneller von Krankheiten und Unfällen erholen.

vida-Generalsekretärin Anna Daimler fordert für Beschäftigte in Gesundheitsberufen: „Sie brauchen ein Recht auf ein planbares Leben.“ Gerade jetzt in der Pandemie.

**Wie geht es eigentlich mit der 24-Stunden-Betreuung weiter? Meine eigene Oma musste ins Heim, weil ihre beiden Pflegerinnen schlicht nicht mehr kommen konnten.**

Wir haben viele solcher Meldungen bekommen. Zuerst einmal muss für die 80.000 in Österreich tätigen 24-Stunden-Betreuer\*innen und auch für ihre etwa 50.000 betreuten Personen der Gesundheitsschutz geklärt werden. Die 24-Stunden-Betreuung liegt in den Händen von privaten Agenturen – und die putzen sich im Normalfall ab. Das heißt, die Privatperson, die betreut wird, und die 24-Stunden-Betreuerin müssen es selbst irgendwie schaffen, für den Schutz beider Seiten zu sorgen.

Die 24-Stunden-Betreuer\*innen sind zudem in den meisten Fällen Selbstständige. Damit stellen sich für sie die Fragen: Was passiert im Fall einer Quarantäne, etwa bei Grenzübertritten? Was im Fall einer Ansteckung? Der Härtefallfonds ist dafür nicht ausgelegt, das fehlende Geld ersetzt ihnen niemand, da schauen sie durch die Finger. Da braucht es wirklich Akutmaßnahmen, um das zu reparieren.

**Insgesamt haben wir jetzt schon zu wenig Pflegepersonen, und der Bedarf steigt. Es wird prognostiziert, dass wir bis 2030 nicht weniger als 40.000 zusätzliche Kräfte brauchen. Bei den eher schlechten Arbeitsbedingungen und dem wenig motivierenden Gehaltsmodell – wie schaffen wir denn diese vielen zusätzlichen Pflegekräfte?**

Es ist wahrscheinlich seit mittlerweile zehn Jahren bekannt, dass wir zu wenig Pflegepersonal haben. Dennoch wurden keine Ausbildungsziele definiert; im Sinne von: „Wir müssen soundso viele Personen pro



Jahr ausbilden.“ Da ging echt wertvolle Zeit verloren.

Dazu gehört auch: Wenn sich jemand für eine Ausbildung entscheidet, muss die finanzielle Absicherung stimmen. Im Sommer hatten wir die Situation, dass sich Flugbegleiter\*innen zu Pflegekräften umschulen lassen wollten. Das ist aber daran gescheitert, dass sie nur das recht geringe Arbeitslosengeld bekommen hätten. Das geht sich für eine kurze Ausbildung von ein paar Wochen aus, aber nicht für eine Pflegeausbildung, die zwei Jahre dauert.

**Aber dann hätten sie einen sicheren Arbeitsplatz?**

Das ist der zweite wichtige Bereich: Die Jobs müssen erst entstehen. Ja, es werden Pflegekräfte gesucht, aber es werden zu wenige gesucht, um den Pflegebedarf abzudecken.

**Da braucht es also wieder den politischen Willen, das zu lösen. Was wünschen Sie sich jetzt akut für die Beschäftigten in der Pflege?**

Entlastung. Ich wünsche mir, dass das Arbeitsleben für die Kolleg\*innen wieder planbar wird, dass sie endlich wieder ein Leben haben. ▶



**& ONLINE**

Das ausführliche Interview als Video finden Sie unter

[www.arbeit-wirtschaft.at/interviews](http://www.arbeit-wirtschaft.at/interviews)

### Andrea E. Schmidt

stellvertretende Abteilungsleiterin  
Gesundheit Österreich GmbH



Zusammengefasst von Anja Melzer

### Win-win-win in der Krise

Ja, die Pflege. Anders als oft angenommen, verursacht sie nicht nur Kosten, sondern schafft auch ganz schön viele Jobs. Rund 10 Prozent der Beschäftigten in der EU arbeiten im Gesundheits- und Sozialwesen. Das sind 22,8 Millionen Menschen. In Österreich haben 12 von 100 Frauen in diesem Sektor eine unselbstständige Arbeit. Kostendruck und Prekarisierung plagen den Bereich seit vielen Jahren. Die Krise ist eine historische Chance, jetzt umzudenken und auf qualitativ hochwertige Beschäftigung zu setzen. Auch die steigende Lebenserwartung geht mit einem erhöhten Betreuungsbedarf einher. Demgegenüber steht jedoch eine beträchtliche Lücke bei der Zahl an benötigten Pflegekräften – allein in Österreich fehlen bis 2030 rund 76.000 Personen. In der Krise wird deutlich, dass die wichtigsten Berufe der Daseinsvorsorge oft überwiegend von Frauen ausgeführt werden, mit schlechten Arbeitsbedingungen einhergehen und deutliche Verbesserungen erfahren müssen. Fakt ist: Gesundheit, Betreuung und Pflege sind wichtige Bereiche sozialstaatlicher Investitionen. Der Ausbau von formalen Pflegediensten könnte die Erwerbsbeteiligung von Frauen, die derzeit Familienmitglieder pflegen (müssen), erhöhen. Dies würde sie auch besser gegen Altersarmut absichern und darüber hinaus die Nachfrage nach Arbeitskräften in der Betreuung und Pflege steigern.

Der Pflegesektor könnte ein Beschäftigungsmotor sein, vielfach werden Betreuungstätigkeiten aber im privaten Kreis abgedeckt, wo bezahlte Erwerbsarbeit (ungewollt) zurückgeht, vor allem bei Frauen. Hinzu kommt, dass die Löhne im Gesundheits- und Sozialwesen weiterhin zu gering sind, die Arbeitsbedingungen dagegen mitunter belastend. Qualitativ hochwertige Beschäftigung sieht anders aus, was sich im Übrigen auch auf die Qualität der Betreuung selbst auswirken kann. Die Personallücke kann unter den aktuellen Bedingungen nur schwer bis gar nicht geschlossen werden. Noch nicht erwähnt sind hier zudem die rund 66.000 Betreuer\*innen, die primär aus dem osteuropäischen Ausland in privaten Haushalten in der sogenannten „24-Stunden-Betreuung“ tätig sind. Und diesen Systemerhalter\*innen wird auch noch Familienbeihilfe und Familienbonus gekürzt. Auch hier gehen dem System wichtige Chancen und Zukunftsinvestitionen verloren.

**So bekommen Sie alle aktuellen Beiträge direkt in Ihr Postfach.**

**A&W-Blog abonnieren unter [awblog.at/blog-abo](http://awblog.at/blog-abo)**

# Die Sichtbaren und der stumme Staat

*Ohne sie würde unser Wohlfahrtsstaat abstürzen: die privatwirtschaftlich organisierten Sozial- und Gesundheitsdienste, ob gemeinnützig oder kommerziell. Trotzdem konnten sich die dort Beschäftigten erst im 21. Jahrhundert KV-Schutz erkämpfen.*

TEXT BRIGITTE PELLAR

Es war ganz am Anfang der Pandemie, im Februar 2020. Die Gewerkschaft hatte in den sozialen Medien keine allzu freundliche Nachrede, weil sie in den KV-Verhandlungen mit den Arbeitgebern der Sozialwirtschaft angesichts des ersten Lockdowns eine Demonstration abgesagt hatte und nicht auf einen weiteren Arbeitskampf zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche noch in diesem Jahr beharrte. Wer die weitere Geschichte des Corona-Virus in Österreich und die Versuche seiner Eindämmung verfolgt hat, zum Beispiel auch manche unterschweligen Angriffe auf das Pflegepersonal in den Heimen, wird dem Verhandlungsteam wohl Abbitte leisten müssen.

Die Pandemie zeigte erst so richtig, wie unverzichtbar all diese Sozial- und Gesundheitsdienste sind. Da es sich um Leistungen handelt, die im Interesse der gesamten Gesellschaft liegen, sind sie zu einem erheblichen Teil öffentlich organisiert und aus Steuermitteln finanziert. Vertreten werden die hier Beschäftigten von der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD) und der Younion, die für sie Besoldung und Dienstrecht verhandeln. Halbwegs erträgliche Bedingungen zu schaffen erwies und erweist sich dabei keineswegs als leicht, umso mehr, wenn Sparpolitik in Mode ist. Aber es bestand im demokratischen Österreich von Anfang an wenigstens ein anerkanntes gewerkschaftliches Verhandlungsmandat.

## Ein Schritt vorwärts

Anders sah die Situation bis in die 1980er-Jahre für die Arbeitnehmer\*innen im privatwirtschaftlich organisierten Gesundheits- und Sozialbereich aus. In einer Branche außerhalb der Zuständigkeit der KV-Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Wirtschaftskammer, zumeist gewerkschaftlich nur wenig organisiert und ohne Betriebsrat, standen sie den Arbeitgebern vereinzelt gegenüber. Ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen lagen deutlich unter jenen im öffentlichen Sektor, obwohl ihre Leistungen große Lücken abdecken, die dieser offen lässt, und die Branche deshalb mit Recht wesentlich aus Steuermitteln finanziert wird. Nach und nach erreichten aber die drei damals zuständigen Gewerkschaften – die GPA für einen Teil der Angestellten, die Gewerkschaften Handel, Transport, Verkehr (HTV) und Hotel, Gastgewerbe, Persönlicher Dienst (HGPD) – doch mehr Betriebsratsgründungen und den Zusammenschluss in Arbeitsgruppen. Mithilfe von Muster-Betriebsvereinbarungen konnten die Betriebsräte Verbesserungen durchsetzen, und die Schaffung von Mindestlohntarifen war ein wichtiger Schritt vorwärts.



Als GPA-Vorsitzender war ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian an den Protestaktionen während der BAGS-Kollektivvertragsverhandlungen führend beteiligt. Die eingeforderte „Sozialmilliarde“ blieb angesichts der herrschenden Spar-Ideologie bis heute aus.

Was nach wie vor fehlte, war der Kollektivvertragsschutz, der erst möglich wurde, als sich auf Arbeitgeberseite ein Gegenüber mit verbindlichem Verhandlungsmandat bildete. Die „Berufsvereinigung von Arbeitgebern für Gesundheits- und Sozialberufe“ (BAGS) erhielt 1997 die Kollektivvertragsfähigkeit zuerkannt, aber es dauerte noch mehr als sechs Jahre, bis der erste KV-Abschluss 2004 in Kraft trat. Er galt zwar – wie alle österreichischen Kollektivverträge – auch für Arbeitnehmer\*innen ohne Gewerkschaftsmitgliedschaft, aber nur für die zur BAGS gehörenden Unternehmen. Der Durchbruch zu einem flächendeckenden KV für über 100.000 Arbeitnehmer\*innen, der als Leitlinie für die gesamte Branche dient, gelang schließlich 2007 mit der Satzung durch das Bundeseinigungsamt. Er ist damit auch Maßstab für die mittlerweile zustande gekommenen Unternehmenskollektivverträge der kirchlichen Sozialunternehmen Caritas und Diakonie und des Roten Kreuzes, um nur die drei wichtigsten zu nennen.

Diese Entwicklung führte dazu, dass sie und etliche andere mit der BAGS, die 2016 in „Sozialwirtschaft Österreich“ (SWÖ) umbenannt wurde, ein Verhandlungskartell bildeten. Die Arbeitnehmer\*innen-Interessen werden dabei schon seit 2007 nur mehr von zwei Gewerkschaften vertreten, neben der GPA durch die vida, in der sich HTV und HGPD mit der ehemaligen Gewerkschaft der Eisenbahner zusammengeschlossen haben.

### Wer auch am Tisch sitzt

Was die KV-Verhandlungen hier so außergewöhnlich und außergewöhnlich schwierig macht: Es sitzt mit dem Staat ein stummer Verhandlungspartner auf Arbeitgeber\*innen-Seite mit am Tisch. Der damalige vida-Vorsitzende und spätere AK-Präsident Rudolf Kaske sprach das bei einer Demonstration während der KV-Verhandlungen 2010 deutlich an, als er die Verantwortung der Regierung für die Finanzierung des Sozial- und Gesundheitsbereichs gerade auch im Kampf gegen die Folgen der Wirtschaftskrise einforderte. ▀

## *Der Ausweg aus der Krise braucht Perspektiven*



**ROMAN HEBENSTREIT**

VORSITZENDER GEWERKSCHAFT VIDA

Zwei schwer von der Corona-Krise getroffene große Bereiche sind das Gesundheits- und Pflegesystem sowie der Tourismus und die Gastronomie. Im ersten Sektor gehen die Menschen in Arbeit unter, weil es an Personal fehlt, während im zweiten wegen Corona und Lockdowns hohe Arbeitslosigkeit zu schaffen macht. Wollen wir die Rekordarbeitslosigkeit in Höhe von weit über einer halben Million Menschen bekämpfen, müssen wir jetzt gezielte Maßnahmen setzen, um die Arbeitsbedingungen zu verbessern und zusätzliches Personal zu finden. In den nächsten zehn Jahren werden laut Studien in Österreich rund 80.000 Pflegekräfte fehlen. Wir müssen deshalb in den Pflege- und Gesundheitsbereich investieren – das schafft Beschäftigung. Alle Arbeitssuchenden, die Interesse am Pflegeberuf haben, müssen daher gefördert werden. Mit einem Pflegestiftungsmodell für die kostenlose Umschulung von Arbeitssuchenden könnte Rekordarbeitslosigkeit und Pflege- notstand gezielt entgegengewirkt werden. Wichtig ist, eine finanzielle Existenzabsicherung während der Ausbildung einzuführen, damit ein solches Modell breit angenommen wird und auch Personen mit Familien davon Gebrauch machen.

### **Anreize statt Jammerei**

Im Tourismus hingegen sind derzeit 72.000 Menschen ohne Job – um 50 Prozent mehr als vor einem Jahr. Wir müssen den Beschäftigten daher jetzt Perspektiven bieten, damit sie einerseits besser über die Runden kommen und andererseits nicht aus der Branche abwandern. Klar ist: Dazu müssen wir die Kurzarbeit über den März hinaus verlängern. Zudem müssen neben den Fixkosten der Unternehmen zukünftig auch jene der Beschäftigten berücksichtigt werden. Denn es ist im Niedriglohnsegment nicht einfach – nicht zuletzt bei vielen Beschäftigten aufgrund des Wegfalls von Trinkgeldern –, mit bis zu 40 Prozent weniger Einkommen auskommen. Am besten wäre daher ein Lohnausgleich von 100 Prozent. Auch dass der Tourismus eine Flucht- und jetzt auch Abwanderungsbranche ist, verwundert nicht. Schließlich wurden im Oktober und im November 12.000 Kündigungen von den Arbeitgebern ausgesprochen. Es sind daher auch die Unternehmen in die Pflicht zu nehmen. Diese dürfen nicht schon wieder über Fachkräftemangel jammern, sondern sollten besser über Anreizsysteme für höhere Löhne und eine praktikable Vereinbarkeit von Beruf und Familie nachdenken! ▀

[shop.oegbverlag.at](http://shop.oegbverlag.at)

NEU



## Neuerungen im Arbeitsrecht 2021

Marion Chwojka/Thomas Kallab

Ratgeber

2021 / 202 Seiten / EUR 24,90

ISBN 978-3-99046-519-6

Buch + e-Book

Das Buch bietet einen aktuellen Überblick über die wesentlichen gesetzlichen Änderungen zum Jahreswechsel sowie Zusammenfassungen kürzlich ergangener Entscheidungen des OGH, die für Betriebsräte aber auch für alle an aktuellen Entwicklungen im Arbeitsrecht Interessierte von Bedeutung sind. Darüber hinaus werden arbeitsrechtlich relevante Änderungen in den sozialversicherungsrechtlichen Werten, wie z.B. Geringfügigkeitsgrenze, Höchstbeitragsgrundlage usw. erläutert und übersichtlich dargestellt. Enthalten sind auch Verweise auf weiterführende Informationen zu den einzelnen Themen sowie ein erweitertes e-book im PDF-Format mit den Volltexten der besprochenen Entscheidungen.

NEU



## ArbeitnehmerInnenschutz. Wichtige Gesetze Ausgabe 2021

Wolfgang Adametz/Josef Kerschhagl

Gesetze und Kommentare

2021 / 400 Seiten / EUR 39,90

ISBN 978-3-99046-517-2

Die Ausgabe 2021 enthält das ArbeitnehmerInnenschutzgesetz und die dazugehörigen Verordnungen. Bei jedem Paragraph des ASchG ist durch eine Kennziffer angemerkt, dass die betreffende Bestimmung durch eine der abgedruckten Verordnungen näher ausgeführt wird. Dadurch wird das rasche Auffinden des aktuellen Textes der letztgültigen Verordnung ermöglicht.

**Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlags**

Rathausstraße 21, 1010 Wien

[shop@oegbverlag.at](mailto:shop@oegbverlag.at)

Telefon 01/405 49 98-132

Fax 01/405 49 98-136

**Gratisversand  
in Österreich**





Alles, was du  
brauchst  
oegb.at jetzt neu

**Der Österreichische Gewerkschaftsbund ist für dich da.**

24 Stunden am Tag. Ob am Smartphone oder am PC. Die neue ÖGB-Website bietet dir jetzt noch mehr Informationen. Moderner, übersichtlicher und schneller. Bleib informiert!

**[oegb.at](http://oegb.at)**

**ÖGB**

Ein Ersuchen des Verlages an den/die BriefträgerIn:  
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können,  
teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls  
die neue oder richtige Anschrift mit

\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
Straße/Gasse Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür  
\_\_\_\_\_  
Postleitzahl Ort

AW